Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 10. November 2001 | 112. Jahrgang Nr. 31.327

Amnestiegesetze aufgehoben

In einer als „historisch“ bezeichneten Entscheidung hat das argentinische Bundesgericht am Freitag die beiden zentralen Amnestiegesetze aus den 80er Jahren für verfassungswidrig erklärt. Nun müssten mindestens 1.500 Mitglieder des Unterdrückungsapparates der Militärdiktatur (1976-1983) doch noch mit einer Anklage rechnen, interpretierte das Zentrum für Rechts- und Sozialstudien (CELS) den Richterspruch auf Anfrage. Es könne „zu einer Prozesslawine kommen“, hieß es weiter.

Die Aufhebung der Gesetze gelte zunächst nur für ein konkretes Verfahren, werde aber vermutlich wegweisende Bedeutung für viele andere Fälle haben, sagte eine CELS-Sprecherin. Ähnlich wie im Fall des chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet könnte damit auch in Argentinien doch noch eine rechtliche Aufarbeitung der Diktatur-Verbrechen möglich werden.

Das Parlament hatte die beiden Amnestiegesetze bereits 1998 aufgehoben. Bisher fehlte jedoch eine entsprechende Entscheidung der Justiz. Der Richter Gabriel Cavallo hatte den Stein am 6. März ins Rollen gebracht, als er die Nichtigkeit des „Schluss-strich-Gesetzes“ (Punto Final) von 1986 und des Gesetzes über den „Befehlsnotstand“ (Obediencia Debida) von 1987 erklärte.

Die beiden Amnestiegesetze waren unter dem damaligen Präsidenten Raúl Alfonsín unter erheblichem Druck revoltierender Militärs im Schnellverfahren erlassen worden. Ausgenommen waren lediglich Fälle von Kindesentführung, wegen derer zahlreiche Militärs unter Hausarrest stehen.

Die Aufhebung gilt zunächst nur für den „Fall Poblete“. 1977 „verschwanden“ José Poblete und Gertrudis Hlaczik, ihre Tochter Claudia Polblete beschuldigt die Militärpolizisten Julio Simón, alias „El Turco Julián“, und Juan Antonio del Cerro der Folter und des Mordes an ihren Eltern.

(dpa/AT)

Cavallo im Kreuzfeuer

Wirtschafts- oder Finanzminister pflegen in krisengeschüttelten Ländern wie Argentinien stets als politische Prügelknaben zu wirken. Sie müssen die Folgen der Ausgabenwut der Politiker tragen, die mit schwacher Steuereintreibung einher geht. Das darauffolgende Defizit muss dann vom gleichen Minister mit Neuverschuldung ausgeglichen werden. Dem Minister und seinen Vorgängern wird die Schuld für die Defizitwirtschaft zugeschoben, die die Politiker herbeiführen.

Diesem Schicksal hat sich der gegenwärtige Wirtschaftsminister Domingo F. Cavallo nicht entziehen können. Inmitten einer gewaltigen Vertrauenskrise, die auf dem Verdacht beruht, dass der Staat seine Verpflichtungen nicht einhalten kann, schiessen zahllose Politiker auf Cavallo als Alleinschuldigen an der Finanzmisere.

Die Regierungspartei der Radikalen UCR unter der Leitung von Expräsident Raúl Alfonsín, der sein Amt als Vorsitzender des Führungsausschusses bis Ende November ausübt und nachher als gewählter Senator für die Provinz Buenos Aires antritt, empfiehlt Präsident de la Rúa nahezu pausenlos, den Wirtschaftsminister zu entlassen. Der Zyklus Cavallos sei erschöpft, umschreibt Alfonsín seine Forderung. Eine Alternative wird freilich nicht angeboten, weshalb der Präsident diese Anregung schlicht überhört.

Im Kongress wütet die Deputierte Elisa „Lilita“ Carrió, UCR-Abgeordnete aus der Provinz Chaco, die inzwischen ihre hausgemachte Partei ARI aufgezogen hat, gegen den Wirtschaftsminister. Sie denunziert ihn im Rahmen des Untersuchungsausschusses der Kammer, dessen Vorsitz sie ausübt, über allerlei angebliche oder wahre Geldschiebereien, weil er Bankkonten im Ausland mit Schmiergeldern unterhält, was sich bereits als Falschmeldung herausgestellt hat, sowie weil er für den sogenannten Megatausch staatlicher Bonds den Auslandsbanken eine Provision von über 150 Millionen Dollar ohne eine Ausschreibung zugeschanzt hat. Das beruhe auf der Freundschaft Cavallos mit David Mulford, ehemals Unterstaatssekretär für Auslandsbeziehungen im US-Schatzamt und gegenwärtig Direktor der Bank, die den Megatausch organisiert hat. Carrió droht mit Strafanzeigen. Cavallo ist es seit seiner vorherigen Amtszeit (Februar 1991 bis Juli 1996) gewöhnt, vor Gericht angezeigt zu werden. Dutzende Prozesse allerlei Art bedrängen ihn seither.

Inzwischen braut sich ein neuer politischer Sturm gegen den Wirtschaftsminister zusammen. Im Kongress wollen einige Deputierte einen sogenannten politischen Prozess gegen den Minister anstrengen, der seine Absetzung anstrebt. Solche Prozeduren erfordern komplizierte Formalitäten und längere Zeit, sofern die betreffenden Mehrheiten in beiden Kammern aufgebracht werden können. Sicherlich wird Präsident de la Rúa seine Anhänger im Kongress mobilisieren, damit sie diesen Versuch, seinen Minister abzusetzen, hintertreiben.

Im Streit mit den Provinzgouverneuren um das liebe Steuergeld und die Umschuldungen defizitärer Gliedstaaten drohen die Sprecher einiger besonders aufsässigen Gouverneure mit Vorstössen im Kongress, die gegen die Wirtschaftspolitik Cavallos schiessen. Einige Gesetze sollen abgeschafft werden, insbesondere die Beteiligung der Provinzen an der sogenannten Schecksteuer. Mit über 400 Millionen Pesos im Monat finanziert diese Steuer einen Teil des Steuerausfalles als Folge der Rezession zu Handen der Nationalregierung ohne Beteiligung der Gliedstaaten, denen hingegen die Kompensation von 58 Prozent der Schecksteuer gegen die Mehrwertsteuer Einnahmen wegnimmt. Der Präsident liess Cavallo nach dessen Brüskierung der Gouverneure ausserhalb der Verhandlungen, die die Regierung mit den Gliedstaaten führt.

Cavallos besonders forsche Art, seine Politik vorzutragen und deren Kritiker gegebenenfalls auch mit Beleidigungen abzufertigen, hat ihm zahllose Feinde geschaffen, die nicht nur in der Landespolitik angesiedelt sind. Mit den Beamten des Internationalen Währungsfonds hat sich Cavallo mehrmals überworfen, weshalb seine Anwesenheit in Washington ungern gesehen wird. Öffentlich schweigen diese Beamten, in der Sache lassen sie den Minister wissen, dass er nicht persönlich kommen, sondern Stellvertreter entsenden soll.

Auch in der Wirtschaft hat Cavallo Freunde und Feinde. Seine Angebotspolitik der Steuersenkungen an zahllose Begünstigte erfreut letztere, ebenso seine Schutzpolitik vor Auslandskonkurrenz, wogegen seine Ausfälligkeit gegenüber Finanzgewaltigen mit verhaltener Kritik und Ablehnung quittiert wird.

Im Streit mit Brasilien über die Kurspolitik mit Realabwertungen kritisiert Cavallo die Wirtschaftspolitik des Nachbarlandes, deren Regierung unter Präsident Fernando Henrique Cardoso sich solche Meinungen verbittet. Mehrmals wurden Verhandlungen über Streitobjekte abgebrochen, nachdem sich Cavallo hierüber in der Presse kritisch geäussert hatte. Aussenminister Adalberto Rodríguez Giavarini bemüht sich dann, ebenso wie Präsident de la Rúa, den Streit zu schlichten und die Gemüter wieder zu beruhigen.

Politische Beobachter fragen sich ständig, wie lange Cavallo aushält, ohne zu demissionieren. Indessen ist der umstrittene Minister in seiner zwanzigjährigen politischen Laufbahn niemals freiwillig zurückgetreten. Entweder übernahm er ein anderes Amt oder er wurde entlassen wie weiland im Juli 1996 durch Präsident Menem. De la Rúa stützt den Minister gegen die Kritik von überall, weil sie zusammen die Konvertibilität ohne Default verteidigen, die über 60 Prozent der Befragten in Umfragen stets beherzigen. Das ist die Stimme des Volkes, nicht diejenige der Kritiker Cavallos.

San Martín in Berlin

Am Mittwoch, dem 14. November, wird in Berlin das von der deutschen Gemeinschaft gestiftete Standbild des Befreiers General José de San Martín im Beisein von Präsident Fernando de la Rúa feierlich enthüllt werden. Die zweieinhalb Meter hohe Statue wird vor dem Iberoamerikanischen Institut gegenüber der Nationalgalerie stehen. Die deutsche Gemeinschaft will mit dem Geschenk nach Angaben ihres Dachverbandes F.A.A.G. zur Verständigung zwischen Deutschland und Argentinien beitragen.

Präsident de la Rúa fliegt am Dienstag eigens zur Enthüllung des San Martín-Denkmales nach Berlin.

Argentinien - Zuflucht und Exil

Dr. Andreas Nachama und Johanna Hopfengärtner, Stipendiatin der Raoul Wallenberg-Stiftung, über jüdische Einwanderung

Von Stefanie Huber

Mehr als 40.000 jüdische Flüchtlinge fanden in den Jahren 1933 bis 1939 in Argentinien Unterschlupf. Argentinien ist damit nach den USA zweitwichtigstes Fluchtland. Gemessen an der Bevölkerungszahl hat Argentinien mehr Flüchtlinge als jedes andere Land aufgenommen. Über die Umstände der Flucht und die Bedingungen für die Flüchtlinge in Argentinien informierte vergangenen Dienstag ein vom Goethe-Institut Buenos Aires und der Raoul Wallenberg-Stiftung organisiertes Seminar. Referenten waren Dr. Andreas Nachama, Ex-Präsident der jüdischen Gemeinde in Berlin und Direktor der Stiftung Topographie des Terror, und Johanna Hopfengärtner, Geschichtsstudentin an der Freien Universität Berlin und Stipendiatin der Raoul Wallenberg-Stiftung, die derzeit ihre Abschlussarbeit über die jüdische Einwanderung nach Argentinien schreibt. Einige Dutzend Interessierte, darunter viele selbst Immigranten, folgten mit spürbarem Interesse den Vorträgen.

Dr. Nachama führte den Konferenzteilnehmern die Gründe für die Emgration der Juden aus Deutschland an, die, wenn auch nur vereinzelt, schon vor der "Machtergreifung" der Nationalsozialisten existiert habe. Nachama sprach von einem frühen "Spannungsverhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Juden". Doch auch nach 1933 habe eine Mehrheit geglaubt, dass schon bald wieder ein politischer Wechsel eintreten werde. Erst die zunehmende Herausdrängung aus dem öffentlichen Leben führte dann zu einer ersten grösseren Auswanderungswelle, die sich zunächst in andere europäische Staaten richtete.

Der ehemalige Vorsitzende der jüdischen Gemeide in Berlin merkte an, dass viele Judenes sogar noch 1936 Anlass für Hoffnung sahen. Damals schwächte die Hitler-Regierung anlässlich der Olympischen Spiele die ein Jahr zuvor erlassenen Nürnberger Gesetze ab. Zur gleichen Zeit habe sich durch die gesellschaftliche Marginalisierung aber bereits eine Entwicklung hin zu einer jüdischen Parallelgesellschaft vollzogen.

Nach 1938 sei es immer schwieriger geworden, Deutschland zu verlassen. Wenn man dies tatsächlich geschafft habe, musste alles sehr schnell gehen, oft innerhalb von 24 Stunden.

Johanna Hopfengärtner beschrieb die anfangs schwierige Einwanderung in Argentinien. Die damals herrschende Wirtschaftskrise und daraus resultierende nationalistische Tendenzen hätten dazu geführt, dass man, wie auch in der aktuellen Asyldebatte in Deutschland, erstmals zwischen "erwünschter Einwanderung" und Flüchtlingen unterschieden habe. Wer nicht Familienangehörige in Argentinien hatte, war der Behördenwillkür ausgeliefert.

Warum nun hatten sich die Emigranten ausgerechnet Argentinien als Zielland ausgesucht? Es sei nur in den seltensten Fällen das Wunschland gewesen, sagte Johanna Hopfengärtner. Erst als die Engländer in Palästina und die USA ihre Grenzen immer mehr dicht gemacht hätten, sei Argentinien ins Blickfeld gerückt. Die überwiegende Mehrheit habe einfach wenig Kentnisse über das Land gehabt, Sprache und Kultur seien weitgehend Neuland für die Angekommenen gewesen. Später seien jedoch aufgrund der starken europäischen kulturellen Einflüsse in Argentinien noch viele deutschstämmige Juden aus Bolivien und Paraguay ins Land gekommen.

Die Studentin beschrieb die Arbeit des Hilfsvereins, der heutigen A.F.I., den die deutschsprachigen Juden 1933 gegründet hatten und der zu einer zentralen Anlaufstelle für die neuen Immigranten wurde. Die ökonomische Integration der Neuankömmlinge sei sehr schnell und ungewöhnlich erfolgreich verlaufen, begünstigt durch den Wirtschaftsaufschwung der Vierziger- und Fünfzigerjahre, zu dem aber auch die eingewanderten Juden nicht unwesentlich beigetragen hätten.

Besonders die Frauen hätten es jedoch anfangs nicht leicht gehabt. Im katholischen Argentinien mit seinen strikten Moralvorstellungen hätten sie auf viele Rechte und Freiheiten verzichten müssen, die die Frauen in Europa bereits erkämpft hatten. Trotzdem wären sie in den allermeisten Fällen die entscheidende Stütze gewesen, die die Familie ökonomisch und moralisch zusammengehalten hätte.

Sichtbarstes Zeichen der Entwurzelung in der Fremde seien die Sprache und die Kultur gewesen, weswegen man von Beginn an grossen Wert auf den Erhalt der deutschen Traditionen gelegt hätte. Eine wichtige Rolle habe hier das Argentinische Tageblatt gespielt, das nicht nur mit seiner entschiedenen Opposition zum Nazi-Deutschland dem wachsenden Einfluss der Nationalsozialisten auch in Argentinien die Stirn bot, sondern zudem auch ein wichtiges Stück Heimat in der Fremde bedeutete.

Nach Kriegsende sei aber für die grosse Mehrheit eine Rückkehr nach Deutschland undenkbar gewesen, beschreibt Hopfengärtner die gewachsene Distanz zum Heimatland. Trotzdem sei weiterhin eine starke, oft idealisierte Verbindung zur deutschen Kultur erhalten geblieben. So hätte man sich zwar einerseits ein Stück Heimat bewahrt, jedoch um den Preis, dass die erste Generation der Einwanderer nie ganz in der argentinischen Gesellschaft aufgegangen sei.

Randglossen

Auf Besuch in New York zwecks Rede in der Vollversammlung der Vereinten Nationen wird Präsident de la Rúa seinen US-Kollegen George W. Bush am morgigen Sonntag dortselbst treffen. Bush interessiert sich verständlicherweise für Allianzen zur Bekämpfung des weltweiten Terrorismus. De la Rúa hat die US-Regierung nicht nur mit Reden und Abstimmungen unterstützt, sondern auch als einziges lateinamerikanisches Land eine bescheidene Militärhilfe angeboten. US-Truppen in Kosovo können durch argentinische Offiziere abgelöst werden, sollten sie in Afghanistan aufgeboten werden. Desgleichen bietet Argentinien die Entsendung eines ambulanten Hospitals an. Als Gegenleistung erwartet de la Rúa die Fürsprache des US-Präsidenten beim Internationalen Währungsfonds für die vorzeitige Auszahlung der versprochenen 1,26 Milliarden Dollar sowie bei der Umschuldung von Bonds in Händen ausländischer Inhaber, damit Argentinien dem gefürchteten Default ausweicht, an dem die US-Regierung sicherlich nicht interessiert ist.

In der Provinz Corrientes hat der in der Erstwahl knapp unterlegene Kandidat einer Koalition Ricardo Colombi in der Stichwahl am letzten Sonntag über den damaligen Sieger und Exgouverneur Raúl „Tato" Romero Feris gesiegt, der von einer anderen Parteienkoalition gestützt war. Radikale, Justizialisten und die beiden früheren Koalitionspartner der Provinz, Liberale und Autonomisten, schritten gespalten ins Wahlgefecht. Die siegreiche Koalition wird von den Radikalen angeführt, ist doch ihr Kandidat Colombi erfolgreicher Bürgermeister von Monte Caseros, doch die meisten Liberalen und die Justizialisten, die ihr Parteiführer Duhalde unterstützt hat, sowie einige Autonomisten, die sich mit Romero Feris gestritten hatten, verhalfen gemeinsam zum Wahlsieg. Präsident de la Rúa war dermassen über diesen Wahlsieg erfreut, dass er den Innenminister Ramón Mestre, der die Provinz kommissarisch verwaltet hatte, auf der Kabinettssitzung herzlich beglückwünschte. Wahlsiege haben für die regierenden Radikalen neuerdings Seltenheitswert, nachdem sie am 14. Oktober viele Millionen Stimmen eingebüsst haben.

Es sollte eigentlich nur ein kleines intimes Treffen zwischen Tony Blair, seinem deutschen Kollegen Gerhard Schröder und dem französischen Präsidenten Jacques Chirac werden, doch einige der restlichen zwölf EU-Chefs rochen Lunte: Blair, Schröder und Chirac wollten Kriegsrat halten ohne von den Kleinen belästigt zu werden. Natürlich war das nicht die feine britische Art, und Blair hatte auch ein schlechtes Gewissen. Die verärgerten Kollegen, die protestierten, wurden ebenfalls eingeladen. Belgien, die Niederlande, Italien und Spanien durften den Kriegsrat erweitern, der dadurch zu einem Mini-EU-Gipfel wurde. Dies rief prompt den Protest von denen hervor, die die Bitte um Einladung versäumt hatten. Österreich protestierte im Namen der acht Nichtgeladenen. In Zukunft können Treffen zwischen europäischen Politikern wohl nur noch nach der Formel „Alle oder keiner" durchgeführt werden. Sobald sich mehr als zwei treffen, fürchten die anderen eine Verschwörung.

Ohne Rückenwind in den USA

De la Rúa ohne Einigung mit Gouverneuren nach New York gereist

Präsident Fernando de la Rúa ist in der Nacht auf Freitag in die USA gereist, ohne zuvor die in Polit- wie Wirtschaftskreisen gleichermaßen erhoffte Einigung mit den Gouverneuren über eine Senkung der Transferzahlungen des Zentralstaates erreicht zu haben. Die Zustimmung der Provinzen, künftig über eine Art „Länderfinanzausgleich“ weniger als die gesetzlich verankerten 1,3 Milliarden Pesos monatlich zu erhalten, gilt jedoch als entscheidend für die internationale Akzeptanz des nach den Parlamentswahlen vorgestellten Wirtschaftsplanes der Allianz-Regierung. Dieser sieht eine Neuordnung der öffentlichen Schulden vor.

Zu Beginn seines USA-Besuchs traf sich de la Rúa am Freitag in New York mit 20 führenden US-Bankern. Im Gebäude der Federal Reserve erläuterte der Präsident den Wirtschaftlern die „Teil-Einigung“ seiner Regierung mit den zehn Provinzen hinsichtlich der Transferzahlungen. De la Rúa zeigte sich „überzeugt“ davon, dass auch mit den von der Opposition regierten Provinzen „bald“ zu einer Einigung kommen werde. Bei der Unterredung mit den Bankern habe ein „Klima des Verständnisses“ geherrscht, sagte de la Rúa im Anschluss.

Am Donnerstag hatten einzig die neun Allianz-Gouverneure sowie Jorge Sobisch aus Neuquén den Vorschlag der Exekutive unterzeichnet. Die 14 PJ-Mandatsträger hingegen wiesen den Entwurf der de la Rúa-Administration als „inakzeptabel“ zurück. Sie forderten vielmehr von der Regierung eine Neugestaltung der Verwendung des Steueraufkommens ohne Obergrenze bei den Transferzahlungen des Zentralstaates an die Provinzen.

Damit werden vorerst nur die von der Allianz regierten Provinzen die für dieses Jahr ausstehenden Transfers in Schuldscheinen beziehen. Vom kommenden Jahr an sollen die Zahlungen dann zu 60 Prozent in Pesos, die verbleibende Summe in „Bonos“ getätigt werden. Die Transfers sollen dann im Rahmen des „Null-Defizit“-Programms zudem um 13 Prozent gekürzt werden.

De la Rúa wird am morgigen Sonntag in New York auch mit US-Präsident George W. Bush zusammentreffen. Bei der Unterredung der beiden Staatsmänner am Rande der 56. UN-Vollversammlung werde de la Rúa angesichts der Wirtschaftskrise Argentiniens um „Beistand der USA“ bitten, hieß es aus der Casa Rosada. Auch wolle de la Rúa „Zweifel ausräumen“, die die Ablehnung der Gouverneure in Washington geweckt habe.

Nachwahlgeplänkel

Beliz will Justiz anrufen / Bravo vor Rechtsstreit gelassen

Die letzte und endgültige Auszählung der in der Wahl am 14. Oktober abgegebenen Stimmen ergab Alfredo Bravo als Sieger gegenüber Gustavo Beliz. Der Sozialist hat damit das Kopf-an-Kopf-Rennen mit Gustavo Beliz um den dritten Senatorensitz für die Stadt Buenos Aires gewonnen. Sprecher beider Sektoren erklärten am Dienstag gegenüber der Presse, die Differenz zugunsten Bravos betrage rund 1.500 Stimmen, das heißt, wesentlich weniger als die 3.963 Stimmen aus der provisorischen Zählung.

Beliz ließ über seine Partei Nueva Dirigencia ankündigten, er werde bei der Wahljustiz und falls erforderlich auch beim Obersten Gerichtshof die Annullierung der Nominierung des heutigen ARI-Abgeordneten Alfredo Bravo anstrengen. Beliz begründen die Initiative damit, dass die Bravo „zugeschanzten“ Stimmen der Liste von Juan Carlos Dante Gullo rechtlich ungültig seien. Kontrahent Bravo gab sich derweil gelassen: „Das Resultat ist nicht umkehrbar. Wir haben gewonnen.“ Er sei aber dessen ungeachtet bereit, sich einem Rechtsstreit durch alle Instanzen zu stellen, sagte Bravo.

Diese Hackerei war jedoch nur Teil des Dauergeplänkels, das sich beide lieferten. Zu Beginn stand eine Auseinandersetzung über die Form der Stimmzählung. Die Bevollmächtigten von Beliz traten für eine Öffnung sämtlicher Urnen ein. Die Vertreter von Bravo aber erreichten, dass dies entsprechend dem Wahlrecht nur dann erfolgt, wenn eine rechtliche Begründung dafür vorliege.

Danach fand die Fortsetzung des Dauergeplänkels im Justizbereich statt. Beliz beantragte beim Wahlgericht die Zusammenzählung von Stimmen des ARI und des „Nuevo Milenio“ zu verhindern. Bravo seinerseits erinnerte daran, dass die Wahljustiz die Nennung des Namens von Bravo als Kandidat auf der Liste von Gullos Partei genehmigt habe. Immerhin hatte Gullos Liste 54.000 Stimmen beschert und das war der Schlüssel für Bravos Triumph.

Am Dienstag aber mit den offiziellen Zahlen auf dem Tisch artete das bisherige Geplänkel praktisch zur „offenen Feldschlacht“ aus. Es entbrannte ein verbaler Schlagabtausch mit schärferen Formulierungen als denen der Wahlkampagne.

„Es ist zu bedauern, dass der Ex-Innenminister des Menemismus jetzt Verwirrung stiftet, was ausschließlich den Spekulanten und den Feinden der Demokratie zugute kommt“, erklärte Bravo in einem Kommuniqué. Beliz hingegen ließ seine „Drei Musketiere“ María Colombo, Jorge Srur und María Leguizamón aufmarschieren und erklären: „Bravo schob der Öffnung der Urnen mit seinem Manöver einen Riegel vor. Er äußert sich mit dem Hass derjenigen, die falsches Spiel treiben und will in den Senat mit der Eile derer kommen, die Unrecht haben.“

Seit der vergangenen Woche war die Spannung in dem Maße gestiegen, wie die Differenz zwischen Bravo und Beliz verkleinerte. Die Variation, die auf das Gesamtergebnis keinen Einfluss hatte, begann sich abzuzeichnen, als Beliz die Öffnung von Urnen erreichte, die zweifelhafte Resultate aufwiesen.

Bald nur noch Taxistandplätze?

Das was in vielen europäischen Ländern Tradition ist, soll bald auch in Buenos Aires eingeführt werden. Der Chef der Bundespolizei, Rubén Santos, von dem der Vorschlag stammt, ist überzeugt davon, dass eine derartige Regelung das „Aus“ für die Taximafia bedeuten würde. Entsprechend den Vorstellungen von Santos würde ein System von Taxistandplätzen in der Innenstadt die häufig Staus verursachenden leeren Fahrzeuge von den Straßen verschwinden lassen. Auch würde durch die Maßnahme die Abgasemission verbessert werden, die auch eine Charakteristik von Buenos Aires (nomen est omen) ist.

In einem Zeitungsinterview versicherte der Polizeichef, das derzeitige Halten der rund 40.000 Taxis „wo es dem Chauffeur gerade passt“, müsse aufhören. Eine wirksame Kontrolle der Taxi-Mafia sei so unmöglich. Der Bundespolizeichef erklärte in dem Interview, es gehe vorerst um die Innenstadt, doch könne das System der Standplätze auch in Stadtteilen mit „großem Verkehrsaufkommen“ angewandt werden.

Die Diskussion um feste Standplätze ist nicht neu, sie kam jetzt angesichts des Mordes an Miguel Lecuna wieder auf. Der Unternehmer war am vorvergangenen Freitag in Palermo von der Taxi-Mafia überfallen und ermordet worden.

SERVICIOS DIGITALES
www.multimedia.com.ar
O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - Repœblica Argentina
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - info@multimedia.com.ar

Radikaler Gouverneur in Corrientes

Raúl „Tato“ Romero Feris spricht von Wahlbetrug

In Corrientes hat sich am Sonntag in der Stichwahl der Radikale Ricardo Colombi, der für den Frente de Todos (Gemeinsame Front) angetreten war, gegenüber seinem Rivalen, dem Ex-Gouverneur Raúl „Tato“ Romero Feris mit einem Vorteil von 2,44 Prozent der Stimmen durchgesetzt. Der Frente de Todos ist eine Koalition aus Radikalen, nichtmenemistischen Peronisten, Liberalen und Mitgliedern der Acción por la República, die mit dem Ziel gebildet wurde, dem inhaftierte Romero Feris paroli zu bieten.

Der Ex-Gouverneur und Ex-Bürgermeister, der wegen verschiedener Korruptionsvorwürfe in Haft sitzt, hat in der Provinz immer noch eine große Anhängerschaft. In der Erstwahl gab es eben aus diesem Grund ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Spitzenkandidaten. Im zweiten Wahlgang zeigte sich ein erheblicher Stimmenzuwachs für Ricardo Colombi und seinen Formelpartner Eduardo „Botón“ Galantini, die bei der Wahl am 14. Oktober nur wenig mehr als 40 Prozent der Stimmen bekamen. Das Ergebnis vom Sonntag ergab für Colombi und Galantini 51,3 Prozent (217.468 Stimmen) und für Romero Feris 48,7 Prozent (207.085 Stimmen). Der Interventor Oscar Aguad kann jetzt seine Koffer packen. Erster Kommentar des Stichwahlsiegers: „Ich weiß nicht ob dies ein historischer Sieg war, aber jedenfalls ist er die Äußerung der Bürger.“ Man müsse jetzt das von den Wählern entgegengebrachte Vertrauen rechtfertigen und „für die Provinz arbeiten“.

Während der gewählte Gouverneur bereits in Buenos Aires persönlichen Kontakt mit der Regierung aufnahm, beschuldigte sein geschlagener und inhaftierter Rivale ihn des Wahlbetruges. Gleichzeitig drohte er „zu gegebener Zeit“ mit einer Strafanzeige.

Colombi ist erst der dritte Radikale, der in der Provinz regiert. Der erste war Pedro Muma Soto (1932-1935), der 1939 wiedergewählt wurde. Danach kam Blas Benjamín de la Vega (1946-1947) der sein Amt durch die Intervention der ersten peronistischen Regierung verlor. Mit Colombi bekommt Corrientes nach 54 Jahren wieder einen Radikalen als Gouverneur. Im Vergleich zu den Wahlen im Oktober zeigte sich am Sonntag eine Umkehrung der Stimmen. Der Frente para la Unidad (Einheitsfront) für den das Gespann Raúl „Tato“ Romero Feris/Félix Machado kandidiert hatte, verlor in der Provinzhauptstadt. Im Oktober hatte er noch mit 25.000 Stimmen vorne gelegen. Der „Tatismus“ konnte im Innern der Provinz zwar zulegen, verlor jedoch auf Grund des Negativeffekts in der Hauptstadt. Nach der Niederlage kann sich Feris jetzt dem gegen ihn laufenden Strafverfahren widmen.

Er kann allerdings dabei auf eine gewisse Rückendeckung durch die Senatoren und Abgeordnete des Partido Nuevo rechnen, mit denen die Sieger jetzt verhandeln müssen, wenn sie Gesetze geben wollen. Der geschlagene Ex-Gouverneur hat bereits eine entsprechende Ankündigung gemacht: „Wenn hier (in der Provinz) gemeinsame Beschlüsse gefasst werden, wird es für niemanden ein reibungsloses politisches Zusammenleben geben.“

WOCHENÜBERSICHT

Mason-Prozess

Der Auslieferungsprozess gegen den wegen Folter und Mordes an der deutschen Studentin Elisabeth Käsemann im Jahre 1977 angeklagte frühere Junta-Befehlshaber Guillermo Suárez Mason (74) hat am Mittwoch begonnen. Auf Frage von Bundesrichter Gabriel Cavallo lehnte Suárez Mason eine Auslieferung an Deutschland mit der Begründung ab, die deutsche Gerichtsbarkeit sei nicht zuständig. Das Oberlandgericht Nürnberg hatte im Juli einen internationalen Haftbefehl erlassen.

Corach in den USA

PJ-Senator Carlos Corach hat in Washington Gespräche mit dem Ziel einer Anwendung des Kooperationsabkommens in der Hemisphäre zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus geführt. Während seines Aufenthaltes hielt Corach einen Vortrag im Zentrum für Internationale Studien und Strategien (CSIS). Darüber hinaus standen Gespräche mit den leitenden Beamten des dem Außenministerium unterstehenden Büros zur Kontrolle des Terrorismus und Vertretern des Nationalen Sicherheitsrates der USA auf dem Programm.

Gehaltserhöhung

In dem Ort Tolhuin in der Provinz Tierra del Fuego haben sich die Gemeinderäte eine Gehaltserhöhung bewilligt. Sie werden fortan 2.500 Pesos anstelle von bislang 1.500 Pesos monatlich aus dem Gemeindesäckel des Ortes erhalten, der gerade 1.000 Einwohner hat. Kommentar eines der Räte: „Die 1.500 reichten mir einfach nicht.“

Carriós Waterloo

Der Oberste Gerichtshof hat einen Antrag der Abgeordneten Elisa Carrió und Graciela Ocaña abgelehnt, mit dem erreicht werden sollte, dass die Richter Julio Nazareno und Adolfo Vázquez sich in dem Fall der illegalen Waffenverkäufe für befangen erklären. Carrió und Ocaña hatten ihren Antrag mit dem Hinweis auf die enge Freundschaft der beiden Richter mit Ex-Präsident Carlos Menem und dessen Schwager Emir Yoma.

CGT-Marsch

Die beiden Gewerkschaftszentralen der CGT haben erneut Gemeinsamkeit demonstriert und kündigten für den 20. November einen Marsch zur Plaza de Mayo an. Die Veranstaltung der beiden CGT ist mit der Forderung verbunden, dass der Staat seine Schulden beim Rentnersozialwerk PAMI in Höhe von 18 Milliarden Pesos bezahlt, die als Grund für den Bankrott der Leistungen des PAMI angegeben werden.

PJ-Parteitag

Die PJ veranstaltet am heutigen Samstag einen Parteitag, an dem Delegationen aus allen Provinzen teilnehmen. Das Treffen wird trotz erbitterten Widerstands des Menemismus abgehalten. Dieser ging auf die Barrikaden, als durchsikkerte, dass der PJ-Vorsitzende Eduardo Duhalde für den Ausschluss von Carlos Menem eintreten wolle. Menem führt den PJ formell noch immer. Unterdessen wird Gewerkschaftspräsenz dem Kongress eine besondere Note geben. Auch der Vorsitzende der offiziellen CGT, Rodolfo Daer, wird erwartet.

Arbeitslosenzahlen

Die Zahl der Arbeitslosen hat nach Schätzungen des Centro de Estudios Bonaerenses (CEB, Bonaerenser Statistikzentrum) im Oktober mehr als 2,5 Millionen betragen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von rund 19 Prozent.

IU-Forderung

Der Listenführer der Abgeordnetenkandidaten der Izquierda Unida (IU, Vereinigte Linke) in der Provinz Buenos Aires, Juan Carlos Giordano, hat seine Forderung auf zwei Sitze im Kongress wiederholt. In der Wahl, so Giordano, habe die IU entsprechend den Ergebnissen der endgültigen Auszählung 3.729 Stimmen bekommen. „Diese Zahl bestätigt, dass wir den Mindestwert von drei Prozent übertroffen haben und uns daher zwei Sitze zustehen“, versicherte Giordano.

Bankdirektor Branda

Der vor einem Jahr in den letztlich nicht aufgeklärten Bestechungsskandal um die Verabschiedung des Arbeitsgesetzes im Senat verwickelte PJ-Senator Ricardo Branda (Formosa) ist ins Direktorium der Zentralbank gewählt worden. Branda, der vor einem Jahr zugegeben hatte, Bestechungsgeld angenommen zu haben, widerrief diese Aussage auf Betreiben anderer Senatoren später wieder.

Probleme in Formosa

Der Gouverneur von Formosa, Gildo Insfrán, hat für seine Provinz den Wirtschaftsnotstand verkündet. Zur Linderung der Krise wegen der Nichtzahlung der Gehälter im öffentlichen Dienst seit Juli, ordnete Infrán eine Einstellung von Schuldvollstreckungen und die weitere Versorgung mit Wasser und Strom der Konsumenten an, die ihre Rechnungen nicht bezahlten.

Probleme in Córdoba

Der Gouverneur von Córdoba, José Manuel de la Sota, hat erstmals in seiner zweijährigen Amtszeit die Termine für die Zahlung der Gehälter der Provinzangestellten verschoben. Gleichzeitig sagte de la Sota, dass die Novembergehälter mit Lecop-Gutscheinen beglichen werden.

Ehrung, aber kein Abschied

Diego Maradona lädt zum Schaulaufen in die Bombonera

Freude am Fußball und ein tolles Spektakel hat Diego Maradona den Fans für sein Abschiedsspiel am heutigen Samstag in der „Bombonera“ (Beginn 16 Uhr) zwischen der „Albiceleste“ und einer internationalen Starauswahl versprochen. Viel zu spüren war davon bei seiner Ankunft in Buenos Aires am Dienstag jedoch noch nicht. Er sei „stolz und dankbar“, dass ihm der Argentinische Fußballverband (AFA) eine solche Ehre zuteil werden lasse, sagte der Weltmeister von 1986 am Dienstag bei einer Pressekonferenz.

Erst am Nachmittag war Argentiniens bester Fußballer aller Zeiten mit 20 Koffern Fluggepäck von Kuba aus kommend eingetroffen. In bester Maradona-Manier ließ er die 150 Journalisten aus aller Welt aber erst einmal zwei Stunden in einem Saal des Hilton-Hotels warten.

Dann endlich erscheint Diego, der 41-jährige „Fußball-Gott“ und seit bald zwei Jahren auf Kuba in der Drogentherapie. „Immer das gleiche: Wie geht es Maradona, Diego ist zu dick, Diego ist zu dünn“, wehrt er gleich die erste Frage nach seinem körperlichen Zustand ab. „Mir geht es gut, abgesehen vom Hunger“, sagt der trotz einer Abspeckungskur immer noch etwas übergewichtig wirkende Maradona.

Gegen das grelle Scheinwerferlicht hat er sich eine violette Sonnenbrille aufgesetzt. Um den Hals baumeln drei dicke Goldketten, das schwarze T-Shirt hängt aus der postmodernen Knickerbocker-Hose, ein graues, offen getragenes Sakko rundet das Bild ab. Nichts erinnert an das seriöse Outfit, das die „10“ im September 2000 an gleichem Ort bei der Präsentation seiner Autobiografie „Yo soy el Diego“ zur Schau stellte. Ein wenig gleicht der missmutig wirkende Maradona einem wütenden Boxer. Allein, es fehlt der Gegner.

Star und Macher: Maradona und Manager Coppola.

(AP-Foto)

Den findet Maradona im Reporter des Fernsehkanals CNN en espa-ñol, der erfahren haben will, dass Diegos alter Spezl Claudio Cannigia verletzungshalber nicht aus Schottland anreisen wird. „Mir hat er sein Kommen bestätigt, aber vielleicht kennst du Cannigia ja besser als ich“, zischt Diego.

Einmal in Rage, schlägt der Altstar gleich auch eine Lanze für den unter Hausarrest stehenden Ex-Präsidenten Carlos Menem, bei dem er im Anschluss an die Pressekonferenz zum Asado eingeladen war. Es sei eine Schande, dass gegen Menem ermittelt werde, Wirtschaftsminister Domingo Cavallo aber frei herumlaufe.

Angenehmer sind dem Ex-Fußballer da schon die banalen Fragen von Reportern diverser argentinischer Trash-Programme („Wirst du dich am Samstag an die von Trainer Bielsa vorgegebene Taktik halten?“), die sich mithin gleich selbst für die geplante „Terrassen-Party“ am Samstag im Hilton einladen.

Leisten kann es sich Maradona. Rund vier Millionen Dollar sollen aus Fernsehrechten und Eintrittspreisen für das Abschiedsspiel auf die Konten des „Goldjungen“ fließen, das am Dienstag vorgestellte neue Parfüm „Diego Maradona“, das Ende November weltweit auf den Markt kommt, garantiert weitere Einnahmen.

Sichtlich gerührt ist er über die Ankündigung, dass die Nummer zehn an keinen anderen Nationalspieler mehr vergeben werden soll. „Das ist für mich eine fast genauso große Ehre wie das Spiel selbst“, sagte er, ohnehin stelle das Match für ihn eine „Hommage“, aber keinen Abschied dar.

Dass ein Großteil der angekündigten Fußball-Prominenz abgesagt hat, nimmt Maradona nicht übel: „Ich ärgere mich nicht über die Absagen.“ Immerhin kommen Altstars wie Enzo Francescoli, Romario, Carlos Valderrama, Hristo Stoitschkow und Eric Cantona. Auch Pele will dabei sein, aber nur auf der Tribüne. (dpa/AT)

Hockey

Siege für „Löwinnen“

Die deutschen Hockey-Damen haben auch den zweiten Test auf ihrer Länderspiel-Reise durch Argentinien verloren. Zwei Tage nach ihrem 1:3 im Auftaktmatch in Quilmes musste sich die Auswahl von Bundestrainer Peter Lemmen am Dienstag in Rosario mit 3:4 (0:2) geschlagen geben. Die Tore für das deutsche Team erzielten Caroline Casaretto (43.), Denise Klecker (57.) und Nadine Ernsting-Krienke (59.). Der Siegtreffer für den Champions-Trophy-Sieger gelang Karina Massota (65.).

Fußball

„Albiceleste“-Sieg

Die argentinische Nationalelf, die bereits seit Wochen die Weltmeisterschafts-Fahrkarte sicher hat, hat im vorletzten Qualifikationsspiel zu Hause gegen Peru ein müheloses 2:0 (0:0) erreicht. Angesichts der ungewöhnlichen Anstoßzeit (18 Uhr) bejubelten am Donnerstag im „Monumental“ nur rund 20.000 Zuschauer die Treffer von Abwehrspieler Walter Samuel (46.) und Stürmer Claudio „Piojo“ López (85.). (dpa/AT)

TABELLE

Fußball

WM-Qualifikation

Südamerika

17. Spieltag: Argentinien - Peru 2:0, Bolivien - Brasilien 3:1, Venezuela - Paraguay 3:1, Ecuador - Uruguay 1:1, Kolumbien - Chile 3:1.

Tabelle: 1. Argentinien 41:14 Tore, 42 Punkte; 2. Paraguay 29:19, 30; 3. Ecuador 23:20, 30; 4. Brasilien 28:17, 27; 5. Uruguay 18:12, 26; 6. Kolumbien 16:15, 24; 7. Bolivien 20:32, 17; 8. Venezuela 18:41, 16; 9. Peru 13:24, 15; 10. Chile 15:27, 11.

Torneo Apertura

Zwölfter Spieltag: Racing Club - Gimnasia LP 4:1, River Plate - San Lorenzo 2:2, Unión de Santa Fe - Boca Juniors 2:2, Rosario Central - Independiente 1:1, Talleres (Cba.) - Vélez 2:1, Huracán - Banfield 2:1, Chacarita - Colón de Santa Fe 1:1, Lanús - Belgrano (Cba.) 0:0, Argentinos Jrs. - Newell’s 1:2, Estudiantes LP - Nueva Chicago 0:2.

Tabellenspitze: 1. Racing 32 Punkte, 2. River 25, 3. Boca 22.

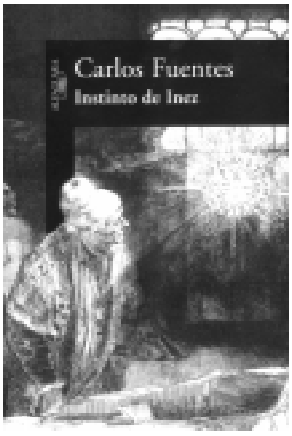
Gefeierter Autor und militanter Bürger

Der mexikanische Erzähler Carlos Fuentes in Buenos Aires

Der gefeierte mexikanische Erzähler Carlos Fuentes kam anlässlich der dreitägigen, von drei Universitäten gesponserten Kulturbegegnung „Encuentro México-Argentina. Un horizonte compartido“ nach Buenos Aires. Am Montagabend stellte er nach einem Gespräch mit der Presse im Museum für Lateinamerikanische Kunst MALBA seinen neuen Roman „Instinto de Inéz“ (erschienen bei Alfaguara) vor. Am Dienstag und Mittwoch fanden dann - nach einer Eröffnungszeremonie im Kultusministerium - in der Nationalbibliothek drei Rundtischgespräche statt, die ebenfalls reges Interesse beim Publikum fanden: „La Escritura, encuentro y memoria“, „Política y Economía“ sowie „Políticas e Industrias Culturales“. Zum Abschluss hielt Carlos Fuentes einen bewegenden Vortrag, in dem er das Andenken seiner Freunde Alfonso Reyes und Julio Cortázar in lebendiger Art und Weise würdigte, „Amor, amistad y experiencia. Reflexiones en honor de Julio Cortázar y Alfonso Reyes“.

Fernando Estévez, Fuentes’ Herausgeber bei Alfaguara, bat vor der Pressekonferenz, man möge dem Schriftsteller bitte keine Fragen zur argentinischen Wirtschaftskrise stellen. „Ich liebe Argentinien, ich bin hier aufgewachsen“, unterstrich wenig später Fuentes selbst, als eine zu spät gekommene Journalistin ihn dann doch fragte, was er von den neuen Maßnahmen der Regierung halte. Aber er verstehe beim besten Willen nicht, was im Moment hier geschehe und wolle deshalb auch keine Meinung äußern. Was an und für sich schon Kommentar genug war angesichts der mehr als undurchsichtigen Lage.

„Welch ein ‚Debut‘ für das 21. Jahrhundert!“, kommentierte der mexikanische Autor die Geschehnisse des 11. Septembers. Man habe geglaubt, den Horror des 20. Jahrhunderts hinter sich gelassen zu haben, und nun bestehe wieder die Gefahr einer Eskalation der Gewalt. Von der Bombardierung Afghanistans durch die USA hält Fuentes nichts. „Was gibt es dort noch zu bombardieren?“, fragt er und gibt zu bedenken, dass sich der 11. September wiederholen könnte, wenn einfach nur blind Rache geübt werde. Und sofort hält er ein leidenschaftliches Plädoyer für mehr Gerechtigkeit in der Welt. Solange es Milliarden armer Menschen gebe, die keinen Zugang zu einer Erziehung hätten, gebe es auch kein Ende der Gewalt.



Mit einer flammenden Lesung im MALBA machte Carlos Fuentes mehr als neugierig auf sein neues Werk, „Instinto de Inéz“, welches er in der Welt der Oper angesiedelt hat. Ein Thema, das er Jahrzehnte mit sich herumgetragen habe, „wie ein Samen, der nun aufgeblüht“ sei.

Für wichtiger denn je hält der Mexikaner die Pressefreiheit und lobt kritische Presseleute auch innerhalb der USA wie Susan Sontag. Gerade am vergangenen Wochenende habe US-Präsident Bush die umstrittene Entscheidung getroffen, Geheimpapiere aus der Reagan-Ära, die veröffentlicht werden sollten, „aus Gründen nationaler Sicherheit“ weiterhin unter Verschluss zu halten. Kein Wunder, sagt Fuentes, sei es doch Reagan gewesen, der das Monster Bin Laden erschaffen habe. Aus eben denselben Gründen, aus denen die Vereinigten Staaten alle Diktaturen Lateinamerikas des 20. Jahrhunderts im Namen des Antikommunismus unterstützt hätten. „Was darf aus Sicherheitsgründen geheimgehalten und was muss der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden?“, ist die rhetorische Frage des kritischen Schriftstellers und „militanten Bürgers“, wie er sich selbst bezeichnet. Im Übrigen ist er sehr skeptisch, dass die momentane hohe Beliebtheit Bushs bei seinen Landsleuten von Dauer sein werde. „Bush Sr. genoss während des Golfkriegs eine Popularitätsrate von 80 %“, unterstreicht Fuentes. „18 Monate später verlor er die Wahlen. Bush Jr. wird dasselbe erleben.“

Man kommt auf Lateinamerika zu sprechen. Die Kontinuität der profunden Kultur des Kontinents sei nie unterbrochen gewesen, sagt Fuentes, „allen politischen und ökonomischen Katastrophen zum Trotz“. „Die Kultur befindet sich im Aufwind“, sagt der Schriftsteller, „sie hat uns nie im Stich gelassen.“ Fuentes spricht über die unglaublich lebendige argentinische Kultur und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass von dieser Kraft auch etwas in die Politik übertragen werden könnte.

Delia Garcés gestorben

Nur zehn Tage nachdem sie den erstmals verliehenen Platin-ACE-Preis des argentinischen Theaterkritikerverbandes für ihr Lebenswerk erhalten hat, ist am Mittwoch die große argentinische Schauspielerin Delia Garcés gestorben. Am Montag war die 82-Jährige mit akuten Herz-Rhythmusstörungen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Sie hatte schon seit längerem unter Herzproblemen gelitten. Garcés’ Karriere hatte in den „Goldenen“ 40er- und 50er-Jahren des argentinischen Kinos ihren Höhepunkt. Ihr Ehemann Alberto de Zavalía führte Regie in 11 der 28 Filme, in denen die Schauspielerin mitwirkte, die neben Luis Buñuel auch mit Mario Soffici („Viento Norte“, „Kilómetro 111“), Ernesto Arancibia („Casa de muñecas“) und Luis Saslavsky („La dama duende“) arbeitete. Eleganz und schauspielerisches Talent waren die Markenzeichen Delia Garcés’, deren Gesicht zudem als eines der schönsten der Filmgeschichte gelten dürfte.

AUSFLÜGE UND REISEN

Lustiges Bierfest im Tigre

Am Samstag, dem 24. November, ab 13 Uhr, steigt im Alpenhaus das grosse Bierfest, bei dem es an kaum etwas mangelt, was es auch auf der Wies’n gibt. Alpenhaus liegt auf einer Insel am Arroyo Rama Negra, 500 Meter vom Río Capitán, in der ersten Sektion des Deltas. Zum Bierfest gibt es typische Speisen, eine Blaskapelle mit Show, eine Tiroler Tanzgruppe, die Kür der Bierkönigin und einen Wettbewerb für standfeste Biertrinker, ausserdem Verlosungen. Für jeden etwas. Warsteiner liefert das Bier, das unbegrenzt gezapft werden darf. Der Eintrittspreis, alles inbegriffen, beträgt 35 Pesos. Auskunft über Tel.: 4728-0422.

Autotransport in den Süden

Wer nach Patagonien reisen will, aber keine Lust hat, die langen Strecken selbst zu fahren, kann seinen Wagen auf einen Tieflader verladen. Dom Patagonia bietet Autotransporte, inklusive Pick-ups und Geländewagen, nach Neuquén, Chubut, Río Negro und Santa Cruz. Reservierungen für feste Termine über Tel.: 4797-1399, www.dom.patagonia@ciudad.com.ar.

Neuer Reiseführer

Ein neuer, praktischer Reiseführer im Handschuhfach-Format ist seit wenigen Wochen bei uns auf dem Markt. Der „Atlas de Rutas Turísticas“, herausgegeben von Aguilar, enthält auf 150 Farbseiten insgesamt 22 Strecken und Circuits von besonderem Interesse für den Ferienreisenden. Jeder Abschnitt enthält die Beschreibung von allem Wissens- und Sehenswerten des betreffenden Sektors, durch Fotos illustriert und zudem durch detaillierte Kartenskizzen ergänzt. Das Calchaquí-Tal ist ebenso vertreten wie die Quebrada de Humahuaca, Mesopotamien und Misiones wie Cuyo und die schönsten Reiseabschnitte in der Gegend von San Martín de los Andes über Bariloche bis Esquel. Der Autor des „Atlas de Rutas Turísticas“ ist Federico B. Kirbus, im Buchhandel kostet der Führer 15 Pesos.

Dinar transkontinental

Dinar, mit Sitz in Salta, hat den direkten Flugdienst vom argentinischen Nordwesten nach Sao Paulo aufgenommen, wie an dieser Stelle schon vorausgeschickt. Nun kündigt die Gesellschaft an, zwei weitere Bestimmungsorte in ihr Programm einzubauen: Santa Cruz de la Sierra (Bolivien) sowie Antofagasta im Norden Chiles. Damit will Dinar einen „corredor bioceánico“ schaffen, um auf dem Luftweg den Atlantik mit dem Pazifik auf Höhe des 25. Breitengrads zu verbinden.

Marlú

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Depositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 5,25% und 5,5%.

***

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,3% auf 234,37, der Burcapindex um 4,3% auf 556,41 und **der Börsenindex um 8,0% auf 12.332,15.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2,8% auf $ 0,6300.

***

Der ZB-Dollarkurs für Aussenhandelsgeschäfte betrug am Donnerstag $ 1,0505.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 2.11.01 $ 17,30 Mrd., der Banknotenumlauf $ 10,70 Mrd. Eine Woche zuvor waren es $ 18,68 Mrd. bzw. $ 10,42 Mrd., einen Monat zuvor $ 20,75 Mrd. bzw. $ 11,11 Mrd. und vor einem Jahr $ 23,93 Mrd. bzw. $ 13,77 Mrd.

***

Anlässlich des ersten Jahres nach der Öffnung des Kommunikationsmarktes in Argentinien, erklärte Staatssekretär H. Aguiar, dass dank derselben im Vorjahr U$S 4,1 Mrd. investiert wurden. Bis Juni 01 waren es weitere U$S 1,26 Mrd. Wäre die Deregulierung voll umgesetzt worden, hätten die Investitionen in diesem Jahr die Vorjahreshöhe erreicht.

***

Ein Regierungsdekret gestattet den Betrieb von Pkw mit normalem Propan-Butan-Flaschengas, um die Betriebskosten auch dort zu verringern, wo es keine Zapfstellen für Pressgas gibt. Obwohl die Verwendung von Flaschengas für den Kfz-Betrieb 1975 verboten wurde, sind damit ausgerüstete Fahrzeuge noch immer erfolgreich in Betrieb. Das Gas ist etwas teurer als das Pressgas, die Installation im Kfz jedoch wesentlich billiger.

***

61% der von der Argentinischen Handelskammer (CAC) befragten Einzelhändler haben im Oktober weniger als im September umgesetzt, 32% bezeichnete ihre Umsätze als unverändert und 7% als besser. 23% haben Mitarbeiter gekündigt und 88% erwarten kurzfristig keine Besserung der Lage. 50% haben zunehmende Verzögerungen bei den Zahlungseingängen gemeldet, 47% fanden die Zahlungen unverändert und 3% verzeichneten flottere Zahlungseingänge. Die Umfrage wurde in 48 Städten in 14 verschiedenen Gebieten bei 47 Branchen durchgeführt.

***

Die Quilmesbrauerei hat im 3. Quartal 01 ihren Gewinn vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen im Vorjahresvergleich um 19,9% auf U$S 51,3 Mio. erhöht. Das Ergebnis schliesst die bolivianischen La Paz Nacional Santa Cruz Brauereien ein, sowie die Embotelledora del Interior (Edisa), mit deren Erwerb Quilmes 85% des bolivianischen PepsiCola-Marktes beherrscht. Die gesamten Bierlieferungen der ersten 9 Monate lagen um 10,4% über denen des gleichen Vorjahreszeitraumes, die alkoholfreier Getränke um 4,9%.

***

Aus einer von der Firma Human Capital Consulting im Auftrag der Stiftung der Spanisch-Argentinischen Handelskammer durchgeführten Arbeit geht hervor, dass Spanien im letzten Jahrzehnt U$S 41,1 Mrd. in Argentinien investiert hat. Befragt wurden die Firmen Aguas Artgentinas, Banco Rio, BBVA Banco Francés, Cementos Avellaneda, Dycasa, Endesa, Gas Natural Ban, Grupo Concesionario del Oeste, Indra, Mapfre, Prosegur, Repsol-YPF, Telefónica und Teyma Abengoa. 2000 betrugen diese Investitionen rd. $ 14,5 Mrd. und im 1. Halbjahr 01 lagen sie um 31% über dem gleichen Vorjahreszeitraum. In den 10 Berichtsjahren haben spanische Investitionen hier rd. $ 20 Mrd. an Steuern bezahlt, davon im Vorjahr $ 5,6 Mrd. Die Investitionen haben direkt 69.000 und indirekt weitere 180.000 Arbeitsplätze geschaffen. Das mittlere von den spanischen Unternehmen bezahlte Monatsgehalt beträgt $ 2.092, gegen $ 944 bei der nicht schwarz arbeitenden argentinischen Privatwirtschaft.

***

Die Getreidemühle Morixe Hermanos, die 5% Anteil am Inlandsmarkt hat, hat den Hauptbetrieb in Caballito, Buenos Aires Stadt, mit einer Tageskapazität von 600 t geschlossen und wird die Tätigkeit ganz in ihre Mühle in Benito Juárez, Provinz Buenos Aires, verlegen, deren Tageskapazität von 280 t bis 2002 erweitert wird. Bis dahin wird die fehlende Kapazität durch Lohnarbeit bei Dritten ersetzt. Morixe Hermanos kam in Finanzschwierigkeiten, da der Rohstoff am Platz innerhalb von 20 Tagen bezahlt werden muss, während Mehl und Gries auf 60 bis 80 Tage verkauft werden und Bankkredite kostendekkend nicht erhältlich waren. Um die Gesamtschuld von U$S 23 Mio. an die Gläubigerbanken abzudecken, werden die Liegenschaften in Caballito veräussert, was u.a. 140 Arbeitsplätze gekostet hat.

***

Oktober was der 5. Monat in Folge mit sinkenden Lebenshaltungskosten. Gegenüber dem Vorjahresoktober gingen sie um 1,7% zurück, gegenüber dem Vormonat um 0,4% und in den ersten 10 Monaten um 1,1%. Rückgänge verzeichneten Erziehung 0,1%, Unterhaltung 0,1%, Ausrüstung und Instandhaltung des Heimes 0,2%, Transport- und Verbindungswesen 0,6% und Nahrungsmittel und Getränke 1,1%. Zunahmen gab es bei Bekleidung 0,8% und verschiedenen Dienstleistungen 0,1%. Die Grosshandelspreise gingen im Vorjahresvergleich um 5,6% und im Vormonatsvergleich um 1,4% zurück. Ausschlaggebend waren hier die rückläufigen Erdöl- und -gaspreise. (Siehe auch Preisstatistik)

***

Die Zolldirektion des Amtes für Öffentliche Einnahmen (AFIP) wird ab der kommenden Woche die elektronische Versiegelung aller im Raum Buenos Aires, vom Hafen bis in die Fiskallager transportierten Container, fordern. Im Landesinneren wird die Verordnng innerhalb von 60 bis 90 Tagen umgesetzt sein. Auch werden die auf Lkw befindlichen Container zur Kontrolle von privaten Vertragsunternehmen durchleuchtet werden. Die Lastenhefte für die diesbezügliche Ausschreibung sollen innerhalb von 60 Tagen fertiggestelt sein.

***

Die Reisebüros in den Filialen der Bank der Provinz Buenos Aires werden geschlossen. Nur die Agentur im Stammhaus bleibt vorerst bestehen. Im Dezember will die Bank entscheiden, ob sie die Tätigkeit endgültig aufgibt.

***

Mittels Dekret hat die Regierung der Provinz Buenos Aires die Aufgabe der Wasserver- und -entsorgungskonzession in der Provinz ab Januar 02 seitens der US-Firma Azurix zurückgewiesen. Azurix gibt als Grund Nichterfüllungen vertraglicher Verpflichtungen der Provinz an. Die Regierung derselben droht mit dem Rechtsweg.

***

Die Ermittlung der Argentinischen Unternehmensuniversität auf dem Immobilienmarkt hat egeben, dass das Oktobergeschäft wie im Vormonat schwach war. 91,8% der befragten Firmen gaben geringere Umsätze als im Vorjahresoktober bekannt. Der Notariatsverband gab bekannt, dass die Grundbucheintragungen im Oktober im Vorjahresvergleich um 3,3% geringer waren.

***

Im Oktober wurden rd. 12.000 Entlassungen verzeichnet, um 32% mehr als im September und 11 mal mehr als im Vorjahresoktober. 5.700 Arbeitnehmer wurden suspendiert, um 76% weniger als im Vormonat, jedoch 15 mal mehr als im Oktober 2000, wie die Beraterfirma Tendencias Económicas bekanntgab.

***

Gustavo Stafforini ersetzt den zurückgetretenen Unterstaatssekretär für Finanzierungen im Wirtschaftsninisterium J. Dreizzen. Stafforini war bisher in der Verwaltungs- und Planungsabteilung des Amtes für Öffentliche Einnahmen (AFIP) tätig. Der ehemalige Bankbeamte trat 1999 in den Staatsdienst als Subinterventor für Wirtschaft und Finanzen im Rentner-Sozi-

Abkommen mit Allianz-Gouverneuren

Das Abkommen, das die Regierung mit den zu Allianzparteien gehörenden Provinzgouverneuren kurz vor der US-Reise Präsident De la Rúas abschloss, enthält folgende wesentliche Punkte:

- Die Provinzschulden werden zu Jahreszinssätzen von bis zu 7% umgeschuldet.
- Die Kapitalfälligkeiten der Provinzschulden werden um drei Jahre verschoben.
- Die Staatsschulden an die Provinzen durch geringere Überwiesungen der verpflichteten Beteiligungen an Nationalsteuern bis Dezember 01 werden in Lecop-Bonds bezahlt.
- Ab Novermber erfolgen die Überweisungen an die Provinzen für ihre Beteiligungen an nationalsteuern zu 40% in Lecop-Bonds und zu 60% in bar.
- Die zu 31.10 fälligen Saldi zugunsten der Provinzen werden innerhalb von 15 Tagen nach Unterzeichnung des Abkommens beglichen. Die Zahlungen von November und Dezember 10 Tage nach ihrer Fällligkeit.
- Ab dem 1.1.02 erfolgt eine 13%ige Verringerung der Mindestzahlungen an die Provinzen, die derzeit $ 1,36 Mrd. betragen.
- Nicht verschuldete Provinzen werden mit Staatspapieren zum Nennwert entschädigt.
- Die Staatsschuld an die Provinzen aus der MwSt-Erhöhung um 3%, die $ 1,2 Mrd. beträgt, wird vom Datum des Dekretes 1.004/01 bis zum 31.1. 2011 mit Libor-Zinssätzen für 6 Monate honoriert.
- Der Staat verpflichtet sich, mit den grossen Steuerzahlern zu verhandeln, damit diese bis zu $ 300 Mio. Lecop-Bonds gegen Bargeld eintauschen.
- Der Staat wird die Verpflichtungen für Darlehen des Treuhandfonds für die Entwicklung der Provinzen übernehmen, mit der Auflage, dass die Provinzen den entsprechenden Anteil an den Nationalsteuern als Garantie stellen.
- Die Kapitalfälligkeiten dieser Darlehen werden drei Jahre Karenz haben und ihre Zinsbelastungen werden auf bis zu 7% im Jahr bzw. 3% über Libor verringert.
- Die Steuer auf Kontenbewegungen wird bis 2031 verlängert und ihr Ertrag wird Garantiestellung für den Treuhandfonds.

aldienst ein.

***

Die Steuereinnahmen von Buenos Aires Stadt waren im Oktober mit $ 180 Mio. um 18,9% geringer als im gleichen Vorjahresmonat. Im September wurden noch $ 195 Mio. eingenommen.

***

Die Schuldenkapitalisierung von Privatunternehmen mit Aktien oder Bonds für den Staat und Banken würde von folgenden Unternehmen durchgeführt werden: Die Macri-Gruppe für $ 750 Mio., Sociedad Comercial del Plata $ 740 Mio., sowie Aerolíneas und Lapa. Die Exxel Group könnte $ 207 Mio. von Musimundo kapitalisieren und Gatic $ 150 Mio. Steuerschulden an den Staat und $ 90 Mio. an die Banken Ciudad und Nacion von seinen Gesamtschulden von $ 340 Mio.

***

Der Investmentfonds SLI (Sociedad Latinoamericana de Inversiones) von S. Liberman hat mit anderen Investoren der Hiltongruppe für die Wettbüros ihrer britischen Ladbrokersfiliale U$S 26 Mio. bezahlt. Das schliesst die 5 Wettbüros in Buenos Aires Stadt, in den Stadtteilen Zentrum, Belgrano, Chacarita, Once und Pompeya sowie das Bingo Belgrano ein, nicht jedoch das Bingo Lavalle, das von einer anderen Gruppe verwaltet wird. SLI hält 50% des Geschäftes, hat die Rennpferdwettbüros auf Royal Ascot umbenannt und will mit $ 5 Mio. Investition 5 weitere Wettbüros in der Stadt eröffnen. Die Wettbüros haben in den letzten Jahren $ 1,5 Mio. verloren. Mit Wetten werden jährlich $ 35 Mio. umgesetzt. Davon erhält der Staat 30%, die Favalorostiftung in den nächsten 10 Jahren 5% und weitere 5% sollen eventuall die Gewinne der Pferderennbahmen in Palermo, San Isidro und La Plata vergrössern.

***

Das Gewürzeunternehmen Poo des Investmentfonds Sabores Argentinos hat die Einberufung seiner Gläubiger gefordert. Die Schulden betragen U$S 11 Mio., davon U$S 7,3 Mio. an die Rio, Societe Génerale, Francés und Sudameris Banken. Der Rest sind Lieferantenschulden. Die Rezession und 35%ige Jahreszinssätze für Kredite haben die ursprünglichen Pläne, einen Lebensmittelkonzern zu schaffen, durchkreuzt. Der Fonds hat ausser Poo auch die Marken Layco, ebenfalls Gewürze, und Omega und Hüser, beide Essige, übernommen. Die Familie Poo hält noch 33% des vom Fonds kontrollierten Unternehmens. Der Fond wurde 1998 von L. Otero Monsegur gegründet, der vor Kurzem U$S 6 Mio. einschoss und Hauptaktionär wurde. Weitere Aktionäre sind A. Sánchez Zinny und S. Soldati. G. Poo erklärte, das Gewürzeunternehmen sei rentabel, setze mit 70% Marktanteil $ 30 Mio. im Jahr um und werde 2001 $ 3 Mio. verdienen.

***

Aeropuertos Argentinos 2000 (AA 2000), Konzessionär der 32 wichtigsten Flughäfen des Landes, erwartet Änderungen seiner Konzessionsbedingungen, um Investitionspläne in Gang zu setzen. Die Firma verfügt über eine Kreditzusage der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) von U$S 700 Mio., die bis Monatsende beansprucht werden muss, jedoch an Änderungen der Konzessionsbedingungen gebunden ist. Der Zinssatz beträgt 7,5%, die Laufzeit 10 Jahre mit 3 Jahren Karenz. Ohne diesen Kredit würden im nächsten Jahr nur U$S 120 Mio. investiert werden. AA2000 will wegen des geringeren Flugverkehrs geringere Gebühren bezahlen und im Konzessionsvertrag verpflichtete Investitionen nicht durchführen müssen.

***

Das Strafgericht hat die Prozesse gegen den ehemaligen Wirtschaftsminister R. Fernández und den ehemaligen ZB-Präsidenten P. Pou bestätigt. P. Pou wird der ungetreuen Verwaltung zum Schaden des Staates bezichtigt, weil er der Bank Basel 1995 einen Kredit von $ 2 Mio. bewilligt habe.

***

Die Risikobewertungsfirmen Fitch und Standard & Poor's haben die Schulden Argentiniens mit eventuelles Default bzw. selektive Nichterfüllung benotet. Moody's erklärte, die argentinische Umschuldung sei einer Nichterfüllung sehr ähnlich, gab jedoch noch keine neue Benotung bekannt.

***

Die Provinzregierung von La Rioja konnte aus Geldmangel weder die Oktobergehälter ihrer Beamten bezahlen, noch kann sie Mindestdienstleistungen sichern, wie der Wirtschaftsminister der Provinz erklärte. Die Provinz schulde ausserdem die Hälfte des im Juli fällig gewesenen halben Zusatzmonatsgehaltes. Sie zahlt einen Teil der Gehälter mit Lebensmittelscheinen, einen anderen mit Provinzbonds und einen weiteren in bar. Sie benötigt dringend $ 33 Mio. um 33.000 Beamtengehälter zahlen zu können.

***

Die Steuereinnahmen der Provinz Santa Fe lagen im Oktober um 14,04% unter jenen des gleichen Vorjahresmonates. Das waren um rd. $ 11 Mio. weniger. In den ersten 10 Monaten beträgt der Fehlbetrag im Vorjahresvergleich $ 89,1 Mio. Im selben Vergleich nahm die Provinz in den 10 Monaten um $ 29,3 Mio. weniger Immobiliensteuern ein, um $ 26,1 Mio. weniger Steuern auf Bruttoeinnahmen, um $ 15,7 Mio. weniger aus Rechtsurteilen und um $ 11,3 Mio. weniger an Beiträgen nach dem Gesetz Nr. 5.110.

***

Das Studienzentrum der Provinz Buenos Aires CEB teilt mit, dass Argentinien im bilateralen Handel mit Brasilien im Oktober einen Überschuss von U$S 128 Mio. erreichte, bei Importen von U$S 354 Mio. und Exporten von U$S 552,6 Mio. In 10 Monaten fielen die Importe aus Brasilien um 14%, die Exporte nach Brasilien jedoch nur um 5%, so dass ein Handelsbilanzüberschuss von U$S 971,5 Mio. erreicht wurde.

Steuermoratorium

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat eine breite Palette von Zahlungserleichterungen für Steuerschulden bekannt gegeben:

● Zum 30. Juni 01 fällige Steuern, ausgenommen Sozialbeiträge, Beiträge für Haushaltspersonal, Arbeitsrisiko-Versicherungsprämien und Einheitssteuern (monotributo) können mit Staatspapieren mit Fälligkeiten bis zum 31.12.05 bezahlt werden. Die Eintragung hierfür ist bis zum 31.12.01 möglich. Die Steuergutschrift erfolgt für den Nennwert der Schuldscheine, die weit unter pari notieren.

● Zum 30. September 01 fällige Steuern: Für geschuldete Arbeitgeber-, -nehmer- und Sozialwerksbeiträge wurden bis zu 36 Monatsraten festgelegt, mit 0,7% Zinsen auf Saldi und Mindestbeiträgen von $ 100. Selbstständig Erwerbstätige und Einheitssteuerzahler können in bis zu 120 Monatsraten von mindestens $ 100 bzw. $ 50 bei Einheitssteuerpflichtigen, und 0,5% auf Saldi, nachzahlen. Anwaltshonorare für Vollstreckungen können in bis zu 24 zinsfreien Monatsraten von mindestens $ 20 beglichen werden. Nach fünf Nichtzahlungen in Folge erlischt die Zahlungserleichterung.

● MwSt-Saldi zu Gunsten des Steuerzahlers die bis zum 31.8.01 nicht genutzt wurden, können innerhalb von 90 Tagen gutgeschrieben werden. Damit werden grosse Zahlungen vermieden, da mit der Zahlung einer Rate Pfändungen und Kontosperren aufgehoben werden.

● Laufende und künftige Verschuldungen: Ausgenommen sind nur Beiträge an Sozialversicherungen und -werke, Arbeitsrisiko-Versicherungsprämien, Schecksteuern, Einbehaltungen und Beihilfen. Werden sie mit ab dem 10.8.01 ausgegebenen Letes-Schatzscheinen bezahlt, wird ein Fiskalkreditschein (CCF) für den Gesamtbetrag ausgestellt. Auch können sie mit Staatspapieren mit teilweiser oder gesamter Kapitalamortisation zum 31.12.03 bezahlt werden. Der Fiskalkreditschein wird für den Kuponwert plus Zinsen ausgestellt. Auch können andere staatliche Schuldscheine an Zahlungsstatt gegeben werden. Der Fiskalkreditschein wird dann auf den Kuponwert ausgestellt. Im ersten Fall sind die Fiskalkreditscheine frei übertragbar; im zweiten, erst ab ihrer Fälligkeit. Der Zahlungserleichterungsplan läuft am 31.12.01 ab. Sein Vorteil ist der derzeit niedrige Marktpreis der Schuldscheine des Staates.

***

Der durch die Überschwemmungen verursachte Schaden wird nach privaten Quellen auf $ 1,3 Mrd. geschätzt, wobei der Betrag bei weiteren Regenfällen noch wesentlich steigen würde.

***

Durch Dekret 1397/01 (Amtsblatt vom 5.11.01) wurde bestimmt, dass die Banco Nación, als Verwalter des Treuhandfonds für die provinzielle Entwicklung, Schatzscheine für die Tilgung provinzieller Schulden (Lecop) für $ 1,3 Mrd. ausgeben wird. Diese Titel sind zinslos und werden den Provinzen bis zum Betrag der monatlichen Gehaltssumme übergeben. Die Laufzeit beträgt 5 Jahre, aber die Titel können vorzeitig zurückgekauft werden.

***

Durch Dekret 1401/01 (Amtsblatt vom 5.11.01) wurde ein Sondersystem für soziale Sicherheit für kleine unregelmässige Steuerzahler geschaffen. Das System ist anwendbar bei physischen Personen von über 18 Jahren, deren Erwerbstätigkeit unregelmässig ist und die im Vorjahr Bruttoeinnahmen von bis zu $ 12.000 erzielt haben.

***

Durch Dekret 1402/01 (Amtsblatt vom 5.11.01) wurde verfügt, dass Rentner, Lohnempfänger und diejenigen, die Einkommen aus der Sozialhilfe beziehen, eine Zahlungskarte erhalten, die bei Einkäufen zu einer Rückgabe der MwSt. von 5% berechtigt. Bei anderen Inhabern von Zahlungskarten beträgt die Rückgabe 3%. Die Käufe mit Kreditkarten erhalten keine Rückgabe, entgegen der Ankündigung von Cavallo vom Donnerstag der Vorwoche. Bei den Zahlungskarten muss der Betrag vorher eingezahlt worden sein.

***

Durch Dekret 1405/01 (Amtsblatt vom 5.11.01) wurde ein System zur Kontrolle der Weizenmühlen geschaffen, das sehr in Einzelheiten geht und dem Kontrollamt des Landwirtschaftssekretariates (ONCCA) untersteht.

***

Durch Dekret 1403/01 (Amtsblatt vom 5.11.01) wurde verfügt, dass Schulden von Bussen, die vom Zollamt verhängt wurden und bis zum 30.6.01 nicht gezahlt worden sind, bis zum 31.12.01 mit Titeln der öffentlichen Schuld und Schatzsscheinen beglichen werden können.

***

Die Besitzer der Quilmesbrauerei wollen durch ihre Firma Safac, auf dem 80 ha grossen Gelände einer stillgelegten Mälzerei in Hudson, an der Autobahn von Buenos Aires nach La Plata, auf 20 ha ein privates Wohnviertel errichten. Es wird Los Ombúes de Hudson heissen und aus 151 Bau-

gründen mit durchschnittlich 850 qm bestehen. Vorerst wird das Gelände mit einer Investition von $ 1 Mio. instandgesetzt. Der Verkauf soll zu Jahresende beginnen und bis 2004 abgewickelt sein. Die Grundstückpreise liegen mit $ 50 bis $ 60 pro qm um 30% unter den Aprilpreisen. Die Mälzerei wurde stillgelegt, nachdem die Malzzubereitung nach Tres Arroyos, in der Anbaugegend der Biergerste verlegt wurde. Nahe Rosario will Safac in Zukunft einen weiteren Grundbesitz ähnlich verwerten.

***

Siderar, die Flachstahlfabrik der Techintgruppe, hat im Quartal zum 30.9. $ 15,8 Mio. Verlust bekanntgegeben, nach $ 11,6 Mio. Gewinn im gleichen Vorjahresquartal. Siderca, der Hersteller nahtloser Rohre der Gruppe, der weltweit zur Tenarisallianz von Techint gehört, hat im gleichen Zeitraum seine Gewinne um 115,2% auf $ 45,2 Mio. erhöht. Die Umsätze nahmen in den 3 Monaten im Vorjahresvergleich um 74% auf $ 372 Mio. zu.

***

Telecom Argentina hat in den ersten 9 Monaten 01 U$S 64 Mio. Gewinn erwirtschaftet, um 52,6% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Als Grund wurde der verringerte Ertrag pro Zellulartelefonkunden und die grosse Säumigkeit der Abonnenten, die 7,7% der Gesamtrechnungsbeträge erreicht hat angegeben. Auch die bedeutende Verringerung der Ferngebühren habe zur Gewinnschmälerung beigetragen.

***

Anlässlich seines Argentinienbesuches gab der chinesische Aussenhandelsminister bekannt, dass sein Land hier in Kürze U$S 300 Mio. in die Erzeugung elektrischer Haushaltsgeräte, sowie Stromerzeugung und -transport, investieren werde. Ihn begleiten 36 Manager der Bereiche Bergbau, Nahrungsmittel, Stahl, Motorradbau usw., die Anschlüsse an lokale Unternehmen suchen. Argentinien liefert China für U$S 1,3 Mrd. im Jahr und bezieht von dort für U$S 700 Mio.

***

Anses, die Verwaltung der Rentnersozialdienste, bietet in ihrer Website www.anses.gov.ar. Arbeitnehmern die Möglichkeit, nach Eingabe ihrer Cuil-Nummer und der Cuit-Nummer ihres Arbeitgebers, die Einzahlungen ihrer Beiträge in den letzten 12 Monaten zu kontrollieren. Die Intervention des Anses wurde mit der Ernennung des Interventors D. Lyall zum Direktor des Amtes als beendet erklärt.

***

Die ZB hat die Finanzanstalten ermächtigt, Lecop- und Pataconesbonds an Zahlungsstatt für Personal- und Hypothekenkredite für Wohnungen entgegen zu nehmen. Voraussetzung sei, dass der Schuldner Direktempfänger der Bonds sei. Gleichzeitig wurde bestimmt, dass der Besitz von Lecopbonds von den Bestimmungen über Finanzierungen des nicht-bankmässigen öffentlichen Bereiches ausgenommen wird und dass das Kapital in Lecop- und Pataconesbonds 2,5% des Vermögens der Finanzanstalten nicht überschreiten darf.

***

Einer Befragung der Beraterfirma D'Alessio-Irol bei 900 Unternehmen hat ergeben, dass die Exportpläne für das nächste Jahr Ausfuhrzunahmen von 12% bis 15% vorsehen. Die Beraterfirma erklärte anlässlich der 37. IDEA-Tagung, dass viele Ausfuhrgeschäfte durch mangelnde Information verloren gingen. 48% der befragten potentiellen Käufer argentinischer Erzeugnisse haben niemals ein Angebot, nicht einmal über E-mail, erhalten.

***

Argentinien hat die Klage bei der Welthandelsorganisation verloren, die sich auf die Antidumpingzölle der USA für Honig bezog. Dennoch wurde bestimmt, dass der Zollstaz von 50% auf 35% gesenkt werden muss. Erst im kommenden September kann eine neue Klage eingreicht werden.

***

Die Bestimmung, dass Unternehmen, die in den Konkurrenzfähigkeitsplänen eingetragen sind, keine Arbeiter und Angestellten entlassen dürfen, wurde durch Dekret 1385 (Amtsblatt vom 5.11.01) dahingehend geändert, dass Belegschaftsverringerungen, die durch Tod, Pensionierung, Arbeitsunfähigkeit wegen Unfall, Krankheit, freiwilligen Rücktritt oder Einvernehmen zwischen dem Unternehmen und der Gewerkschaft entstehen, gestattet werden.

***

Die AFIP hat verfügt, dass gesperrte Bankkonten sofort wieder eröffnet werden dürfen, wenn der säumige Steuerzahler sich dem Moratorium angeschlossen und 1% des Gesamtbetrages gezahlt hat. Diejenigen, die sich dem Moratorium anschliessen, ohne gesperrte Konten zu haben, müssen die erste Rate am 2. Januar 2002 zahlen.

***

Zollamtdirektor César Albrisi erklärte, das Moratorium werde gestatten, etwa eine Milliarde Pesos zu kassieren, die Importeure und Exporteure schulden, hauptsächlich wegen Bussen.

***

Durch Beschluss 255/01 des Handelssekretariates wurde ein Dumpingverfahren über Importe von Schweinefleisch aus Brasilien eingeleitet. Die Direktion für unlauteren Wettbewerb hat nach einer Untersuchung des Falles festgestellt, dass die Importpreise für die einzelnen Produkte zwischen 20,5% und 42% unter den lokalen Preisen liegen.

Die argentinischen Schweinezüchter und -verarbeiter haben den Schaden nachgewiesen, der durch diese Importe entsteht. Jetzt muss noch nachgewiesen werden, dass der brasilianische Exportpreis unter dem lokalen Preis liegt, oder dass Subventionen bestehen.

***

Durch Dekret 1415/01 (Amtsblatt vom 7.11.01) wurde das Landwirtschaftssekretariat ermächtigt, Systeme zu entwerfen und anzuwenden, um die finanziellen Kosten der Kredite zu senken und/oder nicht rückzahlbare Finanzhilfen zu gewähren. Werden jedoch staatliche Mittel verpflichtet, muss eine Genehmigung des Schatzsekretariates eingeholt werden.

***

Durch Dekret 1439/01 (Amtsblatt vom 8.11.01) wurde die Rückerstattung der Gebühr von $ 0,05 pro Liter Dieseltreibstoff verfügt, die durch Dekret 802/01 oder Dekret 976/01 geschaffen worden ist, wenn der Brennstoff für Fischkutter oder Forschung bestimmt ist.

***

Durch Dekret 1436/01 (Amtsblatt vom 8.11.01) wurde eine Reihe von Konkurrenzfähigkeitsabkommen genehmigt, die im Rahmen des Gesetztes 25.414 abgeschlossen worden sind und von der Nationalregierung, den Provinzregierungen, bzw. der der Stadt Buenos Aires, mit Privatfirmen oder Kammern abgeschlossen worden sind. Es handelt sich um die Eisenbahnen Belgrano Cargas, Nuevo Central Argentino, Ferrosur Roca, Buenos Aires al Pacífico, Ferrocarril Urquiza, Ferroexpreso Pampeano, den Verband der Chemie und Petrochemie, den Verband für Reinigungsmittel für Haushalt und persönlichen Gebrauch, der Kammer der Kosmetik, den Kammern der Keramikprodukte, der Kammer der Sanitätsartikel aus Keramik, der Kammer der Porzellanindustrie, der Kammer der Ziegelbrenner, den Verband der Rundfunksender und der Kammer der Videoproduzenten. In jedem Fall unterzeichneten auch die entsprechenden Gewerkschaften.

***

Durch Beschluss 256/01 des Handelssekretariates wurde verfügt, das Dumpingverfahren über Importe von Stapelfasern aus Poliester aus Korea weiterzuführen.

***

Die ZB hat die Banken verpflichtet, die Hälfte der Rücklagen von U$S 2,71 Mrd., die sie bei der Deutschen Bank in New York als Pflichtreserven hinterlegt haben, nach Argentinien zu überweisen. Vor einem Jahr betrugen diese Reserven noch U$S 8,4

Reform der Sozialwerke

Das im Amtsblatt vom 5.11.01 veröffentlichte Dekret Nr. 1440/01 ändert verschiedene Bestimmungen für die Sozialwerke der Gewerkschaften. Statt dem bisherigen garantierten Mindestbetrag von $ 40 pro Mitglied erhalten sie nun $ 20. Dafür wird dieser Betrag nicht nur für den eingetragenen Arbeitnehmer, sondern auch für jedes von der Sozialversicherung geschützte Familienmitglied desselben bezahlt. Damit wird besonders die Finanzlage kleinerer Sozialwerke mit Mitgliedern der niedrigeren Einkommensstufen verbessert. Es ist immer wieder vorgekommen, dass Mitgliedschaften von Arbeitnehmern mit geringen Einkommen und/oder grossen Familien zurückgewiesen worden sind, obwohl das nicht zulässig ist.

Schulden Sozialwerke dem Staat Geld, können bis zu 30% dieser Überweisungen zur Zahlung der Schuld einbehalten werden. Des weiteren verfügt das Regierungsdekret, dass der Arbeitnehmer schon bei seiner Eintragung das Sozialwerk frei wählen kann. Bisher musste er mindestens ein Jahr lang Mitglied des Sozialwerkes seiner Gewerkschaft sein, was den späteren Wechsel in ein bevorzugtes oft schwierig machte.

Für die geänderte Finanzierung ist eine Übergangsfrist vorgesehen, in der dem Sozialwerk die $ 20 für den Arbeitnehmer und nur $ 12 pro Familienmitglied gesichert werden. Nach dem neuen System erhält das Sozialwerk für einen Arbeitnehmer mit Frau und zwei Kindern und $ 500 Monatsgehalt aus dessen Pflichtbeiträgen und jenen seines Arbeitgebers $ 36, da 10% des 8%igen Pflichtbeitrages für den Solidarischen Umverteilungsfonds (FSR) abgezweigt werden. Beim bisherigen System hat dieser Fonds automatisch die fehlenden $ 4 an das Sozialwerk überwiesen. Ab dem nächsten Jahr wird der Fonds $ 20 überweisen, um statt auf $ 40 auf $ 56 zu kommen. Nach Ablauf der Übergangsfrist werden es $ 80 sein. Die höheren Beträge werden im März nächsten Jahres bei den Sozialwerken eingehen, da eine technische Verzögerungszeit von 3 Monaten besteht.

Das Regierungsdekret ändert auch die Bereitstellung der Mittel für komplexe Behandlungen. Sozialwerke mit mehr als 50.000 Mitgliedern können zusätzlich $ 1,50 pro Mitglied kassieren. Damit können sie eine Versicherung abschliessen, um bei chronischen oder teueren Behandlungen gedeckt zu sein. Auch können sie wie bisher vom Solidarischen Umverteilungsfonds die Beträge pro Behandlung anfordern. Dieser schuldet den Sozialwerken allerdings bereits $ 200 Mio.

Der Umverteilungsfonds erhält seine Mittel von den 10% der Sozialbeiträge seiner Mitglieder, bei Führungspersonal sind es 15%. Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) wird den Anteil, mit dem die Mindestbeiträge gesichert werden, direkt an die Gewerkschafts-Sozialwerke überweisen. Der Anteil, der für teuere Betreuungen bestimmt wird, geht an die Verwaltung für Sonderprogramme des Gesundheitsministeriums.

Das Dekret enthält auch Bestimmungen für die Liquidierung von Sozialwerken in Krisenlagen.

Mrd. Ausser dieser Kapitalrückführung hat die ZB den Pflichtbetrag, den die Banken der Depositenschutzfirma Sedesa überweisen müssen, auf 3 pro zehntausend erhöht. Es ist die Höhe von 1995, die dann auf die Hälfte verringert wurde. Auch wird künftig der Referenzsatz für die ZB-Depositengarantie nur aufgrund von Einlagen bis zu 100.000 Pesos oder Dollar berechnet.

***

YPF SA, das lokale Unternehmen von dem Repsol 99% hält, gab der Börse für das 3. Quartal $ 306 Mio. Gewinn bekannt, um 13,75% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. In den ersten 9 Monaten beträgt der Nettogewinn $ 1,14 Mrd., um 15,58% mehr als im Vorjahr. Die Gewinnausschüttung beträgt 8 Centavos pro Aktie und das Firmenvermögen $ 9,59 Mrd.

***

Innerhalb der Strukturmassnahmen bei Siemens erfolgte in diesem Jahr bisher eine Kostenverringerung von 30%, einschliesslich des 36%igen Personalabbaus von 2.500 auf 1.600 Mitarbeiter. Der Umzug aus den Büroräumen in Diagonal Sur Ecke Bolívar in das Werk im Vorort San Martín wurde abgeschlossen. Siemens rechnet in diesem Jahr mit einem Umsatzrückgang von U$S 500 Mio. auf U$S 390 Mio.

***

Infrastruktur- und Wohnungsbauminister Bastos gab bekannt, dass die Subventionen an die Eisenbahnunternehmen ab 1.1.02 abgeschafft werden. Als Kompensation für die unvermeidlichen Fahrpreiserhöhungen werde die Multimodalkarte eingeführt, die Fahrgästen, die mehrere Verkehrsmittel verwenden, Vorteile bieten soll. Auch werde mit der Stadtregierung über eine Strassensteuer verhandelt, um dem Verkehrschaos entgegenzuwirken, das $ 600 Mio. im Jahr kosten soll.

***

O. Vicente, Vizepräsident des Energieunternehmens der Pérez Compancgruppe, fordert von der Regierung, dass Erdölkonzessionen wie in den USA bis zu deren Erschöpfung vergeben werden. Die noch zu erschliessenden Vorkommen müssten als grosses Risiko eingestuft werden. Es sei sinnlos, bedeutende Investitionen durchzuführen, für Konzessionen, die in 25 Jahren mit Option auf weitere 10 Jahre ablaufen. Damit würden die Erdölgesellschaften in den letzen 5 Jahren der Konzession keine Optimierungsinvestitionen mehr durchführen.

***

Die Provinzregierung Córdobas will unter dem Namen Lecor eigene Bonds für U$S 500 Mio. ausgeben. Das Datum steht noch nicht fest, soll jedoch die Probleme der Provinz durch Nichtzahlungen ihrer gesamten Beteiligung an Nationalsteuern überbrücken. Die Lecor würden eine Laufzeit von 2 Jahren zu 7% Jahreszins haben.

***

Der Zementverbrauch des Baugewerbes ist im Oktober im Vorjahresvergleich um 20,4% auf 406.100 t zurückgegangen. In den ersten 10 Monaten beträgt dieser Rückgang 10,6%.

***

Zolldirektor Albrisi hat die Einführung der Satellitenkontrolle der unverzollten Warentransporte vom Hafen bis zu den Fiskaldepots bekanntgegeben. Damit soll der Schmuggel erschwert und Spesen verringert werden. Das System soll innerhalb von 60 Tagen Funktionstüchtig sein und seine Kosten, $ 40 pro Transport, würden zu lasten der Fiskaldepots gehen. Das System würde rund um die Uhr im Einsatz sein und 100% der Transporte überwachen, sowie 30 Fiskaldepots, durch die etwa 70% aller Importwaren des Hafens von Buenos Aires gehen.

***

Die Firma Carrier hat mit einer Investition von U$S 8 Mio. ihr neues Werk für Klimaanlagen im Industriepark von Garín eingeweiht. Der Betrieb soll pro Schicht für U$S 50 Mio. im Jahr fertigen. Das Unternehmen gehört der US-Firma United Technologies Corporation (UTC), die weltweit bei Klimaanlagen, Beheizung und Lüftungsanlagen führend ist.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Umschuldungen der Bankenforderungen

Die Regierung verhandelt zeitgleich mit lokalen Banken, darunter auch ausländisch kontrollierte Finanzinstitute, mit Rentenanstalten AFJP, mit Provinzregierungen, Vertretern ausländischer Bondsinhaber, dem Internationalen Währungsfonds und dem US-Schatzamt. Es geht um eine sogenannte freiwillige Umschuldung, indem zahlreiche hochverzinsliche Bonds durch neue Finanzierungen abgelöst werden, deren Zinssätze nicht höher als 7%, gegebenenfalls bei Bonds mit flexiblen Zinssätzen Libor plus 3% gleich weniger als 6%, und die mit einer Karenzfrist von drei Jahren für die Tilgungen versehen sein sollen, während die Laufzeiten kaum verändert werden. Die Finanzminister der G 7, die die Stimmenmehrheit im IWF beherrschen, haben die Umschuldungsbemühungen gegen Ende der Vorwoche in einem Kommuniqué abgesegnet.

Das erste Kapitel dieser Übung wurde dieser Tage vorsorglich mit den lokalen Banken abgeschlossen, die sich bereit erklärten, ihre Bonds in Darlehen umzuwandeln, die zu Pari verbucht und mit besagten 7% oder weniger verzinst werden. Der Umtausch soll ab 16. November erfolgen. Private Bondsinhaber, deren Wertschriften von Banken verwaltet werden, dürften aufgefordert werden, gleich zu handeln, ohne dass sie freilich gezwungen werden können, den Umtausch ebenfalls zu vollziehen.

Die Banken dürfen ihre jetzigen Bonds in ihren Büchern zu Pari registrieren, obwohl sie am Finanzmarkt viel weniger wert sind. Offenbar hat die Regierung gedroht, dass die Verbuchung künftig ebenfalls zu Marktpreisen vorgeschrieben werden würde, wie es in allen Ländern banküblich ist. Das würde den Banken erhebliche Bilanzverluste verursachen.

Die künftigen Darlehen zu Pari werden von der Zentralbank, wie diese bereits entschied, ebenso wie die jetzigen Bonds für Repo-Geschäfte zugelassen, so dass die Banken hierfür mehr Geld in Gestalt der Differenz zwischen dem Nominalwert und dem Marktpreis beziehen werden. Für die Banken ist diese Möglichkeit entscheidend, Repogeschäfte mit der Notenbank abzuwickeln, insbesondere bei der obwaltenden Depositenflucht.

Die künftigen Darlehen sollen mit der Garantie der Beteiligungssteuern der Nation sowie der Steuer auf Gutschriften und Belastungen von Bankkonten, genannt Scheckstеuer, versehen werden. Die jetzigen Bonds geniessen nur die Garantie für die Zahlung der Zinsen mit Steuereinnahmen, wie sie im Gesetz über das Nulldefizit verbrieft ist. Künftig werden ausser den Zinsen auch die Tilgungen mit Steuern abgesichert. Hierfür muss die Scheckstеuer freilich nicht mit den Gliedstaaten geteilt werden, wie es die Oppositionsdeputierten dieser Tage im Abgeordnetenhaus durchgesetzt haben. Dieser Zankapfel muss noch bereinigt werden.

Von der Umschuldung werden zahlreiche Bonds betroffen, genannt Bonex, Bocon, Bontes, Bonos/Pagaré, Global und einige andere. Der Tausch erfolgt zu Pari, so dass die Banken den Gewinn einheimsen, der sich aus ihrem Einkaufspreis und dem Nominalwert ergibt, ohne ihn versteuern zu müssen. Hingegen verzichten die Banken auf die Zinsdifferenz zwischen den jetzigen Renditen (Zinssatz, bezogen auf den Einkaufspreis) und 7% oder weniger. Das wirkt sich auf die Zinssätze aus, die die Banken für Festgelder zugestehen und ihren Kreditkunden belasten. Solange die Depositenflucht anhält, verrinnt das Geld, über das die Banken für Darlehen verfügen, so dass die Aktivzinsen sicherlich hoch bleiben werden. Die Privatwirtschaft geniesst somit nicht den Vorteil der maximal 7prozentigen Zinssätze für die Öffentliche Hand als Schuldner.

Nach dieser Umschuldung mit den Banken dürfte das Kapitel mit den Rentenkassen AFJP, die die Hälfte ihres Sparkapitals von über $ 21 Mrd. in Staatstiteln plaziert haben, ebenfalls über die Bühne laufen. Hier blüht den Arbeitnehmern und Selbstständigen, die laufend Beiträge leisten, eine Aufstockung ihres Sparkapitals für künftige Alters- oder Invalidenrenten zuhanden der Differenz zwischen den Marktpreisen der Bonds und den neuen Darlehen zu Pari. Zinssätze von 7% oder etwas weniger sind für langfristige Anlagen zwecks Rentenansprüchen sicherlich vertretbar, solange Argentinien ein wertstabiles Land bleibt, das die Inflation verdammt hat.

Die Verhandlungen der verschuldeten Provinzen mit den Banken zwecks Umschuldung von über $ 7,5 Mrd. Verpflichtungen mit Banken von insgesamt mehr als $ 21 Mrd. Gesamtschulden der Gliedstaaten, soll ebenfalls zu maximal 7% Zinssatz mit drei Jahren Karenz und gleicher Laufzeit wie die Bonds, die umgeschuldet werden, erfolgen. Allerdings stehen hier keine zusätzlichen Garantien zur Verfügung. Die Bankschulden der Provinzen geniessen die Garantie der betreffenden Beteiligungssteuern, die künftig bestehen bleibt, aber nicht verbessert wird wie bei der Bankenumschuldung mit der Nation. Für die Banken bedeutet diese Umschuldung einen Zinsverlust ohne Kapitalgewinn oder bessere Garantien. Das kommt davon, dass die Banken den Provinzen uferlos Darlehen angeboten haben, weil sie glaubten, mit der Be-

teiligungssteuer als Garantie gegen Nichtzahlung gefeit zu sein.

Wie die Verhandlungen mit den ausländischen Inhabern argentinischer Bonds ablaufen werden, ist das bestgehütete Geheimnis der umfassenden Umschuldung, die jetzt unterwegs ist. Bisher ist nur bekannt, dass der Internationale Währungsfonds U$S 3,0 Mrd. für Garantien neuer Bonds bereit gestellt hat, die niedriger verzinst werden sollen, angenommenerweise nicht mehr als 7% per annum. Diese Umschuldung, sofern sie gelingt, dürfte noch einige Zeit beanspruchen, bis alle Details vereinbart worden sind.

Unterdessen verrichtet Argentinien als Schuldnerland eine gefährliche Gratwanderung am Rand des Abgrunds, der als Default bezeichnet wird. Im Ausland mehren sich die Sprecher, die das Default, vielfach gepaart mit der Abwertung des Peso und dessen Ablösung durch den US-Dollar, genannt Dollarisierung, als längst gegeben vorwegnehmen und sich Gedanken über die Folgen machen.

Indessen hat Argentinien kein Default erklärt, weil die Umschuldung freiwillig ist und keinem Bondsinhaber aufgezwungen wird, während laufend die Zinsen aus Steuereinnahmen und die Tilgungen mit Ziehungen gegen den IWF und andere Regierungsquellen bezahlt werden.

Die Bankenumschuldung wurde von den Rating-Agenturen Standard & Poor's und Fitch als sogenanntes „selektives Default" (SD) eingestuft, weil die Gläubiger weniger Zinsen beziehen werden. Das ist freilich mitnichten ein echtes Default mit einseitiger Erklärung, dass Zinsen und/oder Tilgungen nicht pünktlich bezahlt werden.

Das SD-Rating dürfte gelegentlich, wenn die gesamte Umschuldung ordentlich über die Bühne gelaufen ist und Argentinien weiterhin Zinsen und Tilgungen bezahlt, durch die bisherige Benotung C abgelöst werden, die ähnlich schlecht für das Finanzprestige des Landes wie SD ist.

Unterdessen laufen die Verhandlungen mit Banken, AFJP, Provinzen, Bondsinhabern im Ausland, IWF und dem US-Schatzamt weiter. Am anderen Ende der Gratwanderung fliessen die Depositen ab und die Währungsreserven fallen ebenfalls, weil die Depositen aus Furcht in Fremdwährung umgewandelt werden und gegebenfalls ins Ausland abwandern. Die Depositen haben bereits seit Mitte Januar mehr als $ 15 Mrd. von damals fast $ 89 Mrd. eingebüsst und die ab September um U$S 6 Mrd. auf U$S 20 Mrd. aufgestockten Währungsreserven haben schon deren Hälfte verloren. Bedenklich.

Ein neues Schema für die Steuerverwaltung

Das jüngste Massnahmenpaket schliesst eine tiefgreifende Reform der Eintreibung von Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren durch die AFIP ein. Dieses Amt wird ab 2002 keinen fixen Betrag im Staatshaushalt erhalten, sondern einen Anteil von 2,75% an den Fiscakleinnahmen, wobei 2% für die Deckung der Ausgaben im traditionellen Sinn bestimmt sind und 0,75% für einen Fonds für Prämien an das Personal, die angeblich nach Leistung verteilt werden sollen, was bei einer Staatsstelle sehr schwierig ist. Die AFIP kann nun nach dem Kosten-Gewinnprinzip geleitet werden, so dass die Ausgaben je nach ihrer Wirkung auf die Fiskaleinnahmen geprüft werden. Das ist im Prinzip in Ordnung. Hier wurde jedoch der Fehler begangen, diesen Prozensatz nicht progressiv zu gestalten, so dass er bei höheren Einnahmen steigt. Denn bei zunehmenden Fortschritt bei der Erfassung der Hinterziehung und Säumigkeit nehmen die Kontroll- und Eintreibungskosten stark zu. Dieses neue System kostet um die $ 370 Mio. mehr als bisher. Die AFIP wird demnach zeigen müssen, dass sie jetzt viel mehr leistet und die Fiskaleinnahmen stark erhöht.

Ferner wurde die Eintreibung der Beiträge zum Pensionierungsystem und anderer Sozialbeiträge einer neuen Staatsstelle übertragen, genannt „System der Information und Eintreibung der Sozialen Sicherheit (auf spanisch mit dem Kürzel SIRSS benannt). Um die hohe Hinterziehung und Säumigkeit auszumerzen, die auf diesem Gebiet besteht, soll die Zahlung von Löhnen und Gehältern, sowie der Sozialbeiträge über das Banksystem erfolgen. Die Beträge, die im sogenannten CUSS (Einheitsbeitrag für sozialen Sicherheit, der sowohl Beiträge zum Pensionierungsystem wie zu den Sozialwerken u.a. Beiträge umfasst) enthalten sind, werden vom SIRSS auf der Grundlage der Information berechnet, die die Unternehmen mitteilen müssen. Dann wird den Unternehmen eine Rechnung über den zu zahlenden Betrag geschickt, die Exekutivcharakter (wie ein Eigenwechsel und ein Scheck) hat. Da viele Unternehmen zwar Löhne und Gehälter zahlen, aber nicht die Sozialbeiträge, soll letzteres Verhalten durch das neue System verhindert werden.

Die Arbeit, die dem SIRSS auferlegt wird, ist sehr umfangreich. In der Praxis kann dies nur durch Outsourcing des Informatikprogrammes durchgeführt werden. Ein Staatsorgan ist absolut unfähig, diese Tätigkeit korrekt zu vollziehen.

Ausserdem wird noch eine weitere Staatsstelle geschaffen, in Form einer Staatsgesellschaft, mit dem Namen „Informática Tributaria Sociedad del Estado", die sich mit der Betreibung der informatischen Systeme der AFIP und des SIRSS, eventuell auch anderer, befassen wird. Die juristische Form, die hier gewählt wurde, erlaubt, höhere Entlöhnungen zu zahlen, was notwendig ist, um Personal für Informatik anzuheuern. Denn die Gehälter, die in der Privatwirtschaft gezahlt werden, liegen weit über denjenigen, die der Staat zahlen kann. Das führt dann dazu, dass der Staat mit Lehrlingen und ineffizientem Personal arbeitet, was in der Praxis eine Katastrophe ist. Denn zehn unfähige Angestellte ergeben noch keinen wirklich gut ausgebildeten und fähigen Mann.

Die Lösung über dieses neue Staatsunternehmen ist indessen eine Schnapsidee. Viel einfacher und besser wäre es, wenn die AFIP und jetzt das SIRSS direkt Privatunternehmen für diese Tätigkeit verpflichten. Das wäre billiger und auch wohl qualitativ viel besser. Aber diese Regierung ist eben sehr staatswirtschaftlich und gegen die Privatinitiative eingestellt. Die neue Staatsstelle kann indessen auch die effektive Tätigkeit mit Dritten verpflichten. Das wäre zwar ein Umweg, der jedoch eventuell auf diese Art einfacher ist, da sich die bürokratische Struktur der AFIP prinzipiell dem Outsourcing widersetzt und die effektive Möglichkeit hat, sie zu verhindern.

Abgesehen von diesen grundlegenden Reformen, wurden noch zahlreiche Einzelmassnahmen angekündigt, bzw. getroffen. Halten wir fest:

- Ein neues Moratorium. Um es attraktiv zu gestalten, wurde bestimmt, dass die Zahlung der ersten Rate ausreicht, damit die AFIP die Kontensperren aufhebt. Das betrifft über 100.000 Einzelfälle. Normalerweise zahlt jedoch der grösste Teil derjenigen, die sich dem Moratorium anschliessen, nur die ersten Raten. Das Steueramt ist offensichtlich nicht in der Lage, ein Kontrollsystem einzuführen, und die säumigen Beträge einzutreiben. Diese Tätigkeit sollte auch an Privatfirmen vergeben werden. So hat es Gouverneur De la Sota in Córdoba getan, mit grossem Erfolg.
- Die Zahl der Unternehmen, die ständiger Kontrolle unterstellt sind, wird von 1.200 auf 2.000 erhöht. Hier wird weiter in die gleiche Kerbe gehauen, nämlich die Kontrolle auf Grossunternehmen zu konzentrieren. Das ist in der Praxis jedoch wenig ergiebig.
- Die Zahl der Unternehmen, die über ihre Einkäufe berichten müssen, wird von 1.000 auf 6.000 erhöht. Das hat nur Sinn, wenn diese Angaben mit einem Informatikprogramm verarbeitet werden, so dass die entsprechenden Kontrollen sofort durchgeführt werden können. Das ist jedoch ohne Outsourcing kaum möglich.
- Die Zahl der MwSt.-Beitragenden, deren pünktliche Zahlung kontrolliert wird, wird von 150.000 auf eine Million erhöht. In der Praxis besteht hier eine grosse Unordnung, so dass Personen und Unternehmen, die pünktlich gezahlt haben, dennoch einen Mahnbrief erhalten.
- Dann wurde ein Programm für prioritäre Kontrollen angekündigt, das sich auf Weizenmühlen, Rindfleisch, Erdöl und Erdölderivate, Zigaretten und Finanzanstalten bezieht. Was diesen letzten Bereich betrifft, müsste sich die Kontrolle auf die nicht eingetragenen Anstalten konzentrieren, bei denen die Inhaber ihr eigenes Geld ausleihen und hohe Wucherzinsen fordern, zum Teil auch schwarz. Bei Mühlen wurde jetzt ein genaues Informationssystem bekanntgegeben, das jedoch von der AFIP kontrolliert werden soll. Solange nicht begriffen wird, dass in all den genannten Bereichen, das Problem nur mit privaten Kontrollen gelöst werden kann, kann man kaum viel Erfolg erwarten. Diese Regierung begreift eben die Natur einer organischen Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Privatwirtschaft nicht, die in einem Land, bei dem alles, was staatlich ist, äusserst mangelhaft funktioniert, wesentlich ist.
- Nur in einem Punkt wurde die richtige Entscheidung getroffen, nämlich beim Outsourcing der Prozesse. Seinerzeit hatte AFIP-Direk-

tor Silvani versucht, die gerichtliche Eintreibung bis zu $ 100.000 an private Anwälte zu vergeben. Dagegen erhob der Verband der Staatsanwälte Klage vor Gericht, der die zuständige Richterin stattgab, als ob die Anwälte ein Recht auf die Prozessführung hätten. Das ging bis zum Obersten Gerichtshof, der richtig entschied und vor etwa acht Monaten die Klage zurückwies. Jetzt hat A. Caro Figueroa beschlossen, die Prozessführung in mehreren Fällen an private Anwälte zu vergeben. Das wird der AFIP bestimmt zu höheren Einnahmen verhelfen, da mit Schulden gegenüber dem Amt in einer Grössenordnung von etwa $ 8 Mrd. gerechnet wird. Man sollte meinen, dass mindestens $ 2 Mrd. kurzfristig kassiert werden können.

PREISENTWICKLUNG

Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr

Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise Allgemein		Grossistenpreise: national				Baukosten	
					Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich			
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
2000										
September	-0,2	-0,7	1,1	4,2	-0,9	-1,1	2,1	-0,9	-0,2	-2,2
Oktober	0,2	-0,5	0.2	4,7	0,0	-1,0	3,1	4,2	-0,2	-2,2
November	-0,5	-0,7	-0,1	4,8	-0,4	-0,4	-4,0	6,6	-0,2	-2,6
Dezember	-0,1	-0,7	-1,7	2,5	-2,5	-2,8	-0,8	9,0	-0,6	-3,4
2001										
Januar	0,1	-1,5	-0,1	1,2	2,6	-0,6	-2,6	6,1	0,1	-2,8
Februar	-0,2	-1,7	0,1	0,4	0,0	-0,4	0,4	2,4	-0,1	-2,9
März	0,2	-1,0	-0,7	-0,4	-0,2	-0,7	0,3	0,6	0,4	-2,5
April	0,7	-0,2	-0,2	0,3	-0,4	-1,2	-0,4	0,9	-0,2	-2,0
Mai	0,1	0,2	0,1	-0,6	-0,1	-1,3	2,1	1,1	0,0	-1,7
Juni	-0,7	-0,3	-0,4	-1,6	-1,6	-2,8	-0,3	0,6	-0,1	-0,7
Juli	-0,3	-1,1	-0,3	-1,8	0,3	-2,6	1,0	0,9	-0,1	-0,3
August	-0,4	-1,2	-0,5	-2,5	-1,6	-3,9	-2,0	-0,9	-0,8	-1,0
September	-0,1	-1,1	-0,5	-4,1	-0,6	-3,7	-4,6	-7,5	-0,5	-0,7
Oktober	-0,4	-1,7	-1,4	-5,6	-0,4	-4,0	-1,9	-11,9	0,0	-0,6

Quelle: INDEC